H 8040 F
ISSN 1619-1404
30. Jahrgang
Nummer 180
September | Oktober 2019
3,50 Euro

Deutschland_2019

NeoNazis auf den Straßen Faschist*innen im Parlament



der rechte rand

magazin von und für antifaschist*innen

+++ Wahlen: 27,5 % in Sachsen und 23,5 % in Brandenburg wählen die rechtsradikale AfD

Titelbild:
Aufmarsch mit Fackeln in Plauen am 1. Mai 2019

Inhalt und Editorial

Prüffall AfD, Prüffall Mitte #Bürgerlichkeit
Seite 3

Ausbau der Stellung #Brandenburg **Seite 4**
Am Pol der Macht? #Sachsen **Seite 6**
»Bewegungspartei« mit »Abschieben-Initiative 2020« #Thüringen **Seite 8**
Nationalisierung von Arbeit im 21. Jahrhundert #DeutscheArbeit **Seite 10**

kurz & bündig I **Seite 12**

»Völkische Sekte« #Zweckgemeinschaft **Seite 13**
Der radikalste Weg #Überzeugungstäter
Seite 14
Neue Partei, alte Bekannte: »Der III. Weg« #Erfurt **Seite 16**
Kümmerer in Plauen #Vogtland **Seite 18**
Zwischen Kampfsport und Demo #violence
Seite 20
»Alle Register ziehen«? #AllesErlaubt **Seite 23**
Kinder, Kampf und Kräuterkunde #Nazifrauen
Seite 24
Internationale Kontakte #Außenpolitik **Seite 26**
Das Gleiche in Grün #Bildproduktion **Seite 29**
Eine Auswahl der führenden Personen in der »Der III. Weg« #Kader **Seite 30**

kurz & bündig II **Seite 33**

»Auf den Staat überhaupt nicht verlassen« #Interview **Seite 34**
Die historische Dimension des Lübcke-Mordes #AuchImFadenkreuz **Seite 36**

Rezensionen **Seite 38**

Liebe Leser*innen,

Der 1. September 2019 brachte bittere Gewissheit. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg ist die »Alternative für Deutschland« (AfD) nunmehr mit 27,5 beziehungsweise 23,5 Prozent der Stimmen als zweitstärkste Kraft in den Parlamenten vertreten. Wer die Pressestimmen verfolgte, mochte seinen Ohren nicht trauen. Der MDR titulierte die AfD als »bürgerlich« und sprach sogar von deren »positiven« Aspekten. Und beim RBB brachte man es nicht zustande zu benennen, wes Geistes Kind zukünftig ein Viertel der Abgeordneten stellen wird.
Doch dieses journalistische Totalversagen steht symptomatisch für die weitverbreitete Unfähigkeit eines »Sich-ins-Verhältnis-setzen« zu einer Partei, die trotz ihres extrem rechten Charakters von Familie, Freund*innen und der Nachbarschaft gewählt wird. Als würde der hohe Wahlzuspruch in Ostdeutschland den vulgären Rassismus, die Verbindungslinien zu Neonazis und die offen völkischen und autoritären Visionen von Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Jörg Urban wettmachen. Das Gros ihrer Wähler*innenschaft macht gerade wegen der extrem rechten und zusehends nationalrevolutionären Etikette das Kreuz bei den Rechten. Wie in einem Kartenspiel hat die AfD ein Ass im Ärmel, das alles schlägt: einen sich selbstvergewissernden Rassismus.
De facto hat sich die AfD seit ihrer Gründung von rechts außen nach neofaschistisch radikalisiert. Aber die kaum noch zählbaren NS-Skandale und gebetsmühlenartig wiederholten Umsturzphantasien gereichen den selbsternannten Vertreter*innen des Volkswillens nicht zum Nachteil. Einmal als scheinbar harmlos »rechtspopulistisch« oder »rechtskonservativ« tituliert, war das Kind in den Brunnen gefallen.

Wer in Cottbus und Bautzen wohnt und sich dagegen stellt, braucht ein dickes Fell. Obwohl die Mehrheit anders wählte, vermag sie nicht, die AfD in die Schranken zu weisen. Das bessere Argument oder ein demokratisch-antifaschistischer Grundkonsens verfängt nicht mehr, wo Parolen wie »Volksverräter«, »Lügenpresse« oder »Von denen lass ich mir gar nichts mehr sagen« durch die Straßen hallen. Sie treffen auf das in Jahrzehnten gewachsene Unbehagen eines tatsächlichen oder erzählten »Abgehängt-Seins«, gepaart mit dem jahrzehntelangen Leugnen von Neonaziterror sowie Stimmungsmache gegen Geflüchtete durch die Unions-Parteien. Zumal es in der sachsen-anhaltischen CDU seit Monaten rumort und sich die Stimmen für eine zukünftige Koalition mit der AfD mehren. Das geht auch an den Medien nicht spurlos vorbei. Unsicherheit, Unvermögen und Unwillen machen es der AfD zu leicht. Eine solch ohnehin falsch verstandene journalistische Neutralität ist längst zur Apathie geworden. Denn würde man die AfD den Tatsachen nach charakterisieren, fielen einige Medien-Kartenhäuser gänzlich zusammen. Dann müsste man sich eingestehen, dass im Deutschland des Jahres 2019 Neofaschist*innen in Talk-Shows und Wahlsendungen sitzen.

Eure Redaktion



*NEIN zur Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen AfD und anderen Faschist*innen. #unteilbar Dresden*

#Bürgerlichkeit

Prüffall AfD, Prüffall Mitte

von Andreas Speit

In Niedersachsen hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) die »Alternative für Deutschland« (AfD) als Prüffall eingestuft.
Am 11. September 2019 sickerte im Landtag von Hannover diese Einstufung durch. Der Präsident des LfV, Bernhard Witthaut, soll dem zuständigen Parlamentsausschuss in vertraulicher Sitzung diese Maßnahme dargelegt haben. Neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) haben nun sechs Landesämter und -behörden die AfD auf den Prüfstand gestellt. Das politische Mimikry der selbsternannt bürgerlichen Partei scheint langsam in Teilen des Staatsapparates und der Medien keine substanzielle Dynamik mehr zu haben. Der Reflex die besorgten Bürger*innen verstehen zu wollen sinkt, die Anliegen der protestieren Wähler*innen mehr ernst zu nehmen auch. Die vergangenen Landtagswahlen offenbarten diese Polarisierung in der bundesdeutschen Landschaft.
Die Grenzen laufen quer durch die Gesellschaft. Eine Oben-Unten-Trennung ist ungenügend, ein Jung-Alt-Einteilung oder Ost-West-Zuschreibungen ebenso. Alleine die Grenze der Geschlechterkonstrukte Frau-Mann scheint zu halten. Erneut verdankt die AfD den Männern ihre Wahlerfolge. Sie beanspruchen »bürgerlich« zu sein. Der Begriff »bürgerlich« ist jedoch umstritten wie seit Jahren nicht mehr. Und das ist gut! Denn nicht an den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft hat sich in der Weimarer, Bonner und Berliner Republik die politische Entwicklung entschieden. Auch wenn die Anhänger*innen der Extremismustheorie das unentwegt wider historische Fakten und empirische Studien vortragen.
In einem Interview wurde Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sehr deutlich. Mit Blick auf die Äußerung des AfD-Bundestagsfraktions- und Bundesvorsitzenden Alexander Gauland, sie seien Vertreter*innen des Bürgertums, führte er gegenüber »Der Spiegel« aus, dass Bürgertum, Rechtsstaat und individuelles Freiheitsrecht zusammen gehörten. Man könne jedoch nicht gleichzeitig einem »ausgrenzenden, autoritären oder gar völkischen Denken huldigen. Das ist das Gegenteil von bürgerlich: Es ist antibürgerlich«. In der »Jungen Freiheit« konterte Gauland: »Ein Bundespräsident sollte sich nicht in die Parteipolitik einmischen«. Steinmeier sei »der Bundespräsident für alle Parteien und für alle Deutschen«. Wer in der Republik »Deutscher« sein darf, sieht die AfD anderes als die Gesetzeslage.
Die Wähler*innenschaft der AfD weiterhin zu überwiegend Protestwähler*innen zu erklären beschönigt die Wirklichkeit. Im Land der Mörder und Henker hat der selbsternannte deutsche Mann am Tag des Beginns des Zweiten Weltkriegs durch den Angriff Deutschlands auf Polen eine völkisch-nationalistische Partei gewählt. Das Datum des Wahltages, der 1. September ,dürfte Zufall gewesen sein, das Ankreuzen in der Wahlkabine nicht. Die AfD wurde nicht trotz ihrer rechtsradikalen Spitzenkandidaten Andreas Kalbitz und Jörg Urban gewählt, sondern wegen ihren einschlägigen Positionen und Kontakten. Schon vor der Wahl rappte die Hip-Hop-Band Neonschwarz »Mach dein Kreuz bei der Alternative, du Spaten, Dein Kreuz bekommt Haken«.
Die Erleichterung in den ersten Reaktionen der Fernsehmoderationen, dass die AfD nicht stärkste Kraft in den Parlamenten wurde, spiegelt die Entwicklung wieder. Auch, dass am Wahlabend die MDR-Moderatorin Wiebke Binder ein mögliches Bündnis aus AfD und CDU eine »bürgerliche Koalition« nannte. Nach der Kritik erfolgte die Entschuldigung. Ein Versprecher im Stress des Wahlabends, hieß es schnell. Aber vielleicht wurde nur unbewusst ausgesprochen was längst gedacht wird.
Die Bekenntnisse auf Bundes- und Landesebene von CDU, SPD, Grüne und FDP mit extrem Rechten nicht zu koalieren, sind nicht so manifest wie sie tönen. Hier und da spekulieren Landespolitiker*innen über neue Koalitionen. Hier und da sank bei Kommunalpolitiker*innen bereits Scham und Scheu vor der Zusammenarbeit – nicht bloß im Osten, nicht bloß gegenüber der AfD. Im hessischen Altenstadt wählten CDU, SPD und Parteilose auf der FDP-Liste den NPD-Politiker Stefan Jagsch zum Ortvorsteher. Schon 2016 bestimmten CDU, SPD, FDP, Grüne und Freien Wähler Jagsch zu einem von vier Stellvertretern des Parlamentsvorsitzenden. Die Fraktionsgemeinschaft im sächsischen Gohrisch von CDU, Grünen und AfD verwunderte nicht bloß die Grünen.
Auf diesen Ebenen der Politik blenden die Akteur*innen oft das Politische aus. Uwe Börner, der als parteiloser für die Grünen die Fraktion bildet, sagt, es ginge doch nur um Spielplätze, um das Grundwasser und um das »Wohl der Bürger«. Nein, hier geht es um Politik die vor Ort vorgelebt und wahrgenommen wird. Die Parole »Wehret den Anfängen« schreibt Wilhelm Heitmeyer ist längst nicht mehr zeitgemäß, sie müsste vielmehr heißen »Wehret der Normalisierung«. Die gesellschaftliche Mitte steht längst auch auf dem Prüfstand. Der selbst vergewissernde Verweis, dass die anderen »antibürgerlich« seien, versetzt auch in die bequeme Lage, die Selbstreflektion der eigenen Bürgerlichkeit zu umgehen. Die »rohe Bürgerlichkeit« lebt aber auch die Bio-Bohème mit aus. »Der Wolf im Schafsfell hat den gleichen Schneider«, singt Kettcar. Der Wechsel des Schneiders wird alleine nicht die Tendenz der Normalisierung entschleunigen.
Der Ende November 2019 in Braunschweig geplante Bundesparteitag der AfD wird – wieder einmal – die Bühne für Machtkämpfe innerhalb der Partei bieten. Wer Gauland, der schon für die neu-rechte »Criticon« schrieb, hier als bürgerlichen Akteur sieht, verkennt entweder seine antibürgerlichen Positionen, oder verklärt sie.

#Brandenburg

Ausbau der Stellung

von Sven Kames



Der aus Bayern stammende Brandenburger Landeschef der »Alternative für Deutschland« (AfD) Andreas Kalbitz ist ein Spitzenvertreter von »Der Flügel« und seine jahrzehntelange Karriere in der extremen Rechten ist mittlerweile dicht belegt. Wenige Tage vor der Wahl wurde durch Presserecherchen bekannt, dass Kalbitz noch 2007 mit einer deutschen Neonazi-Delegation an einer Demonstration der »Goldenen Morgenröte« in Athen teilgenommen hatte. Am Hotel, in dem die Gruppe untergebracht war, wurde eine Hakenkreuzfahne gehisst. Doch auch jenseits von Kalbitz ist der Landesverband und dementsprechend die neue Landtagsfraktion durch und durch extrem rechts geprägt. Nur drei Beispiele: Christoph Berndt, Platz 2 der Landesliste, ist erst seit Januar 2018 Parteimitglied. Als Hauptfigur der rassistischen Gruppierung »Zukunft Heimat« richtet er seit 2015 Demonstrationen aus, seit 2017 hat der Verein seinen Aktivitätsschwerpunkt auf die Stadt Cottbus verlegt. Er kooperiert dabei – wie Kalbitz selbst – eng mit der rechten Kampagnenagentur »Ein Prozent«. In Berndts Kandidatur manifestierte sich das Bündnis der AfD mit flüchtlingsfeindlichen »Bürgerinitiativen«. Der aus dem bayerischen Deggendorf stammende Franz Wiese, bereits seit 2014 Landtagsmitglied, ist Initiator von »Merkel muss weg«-Kleindemonstrationen, die er wöchentlich vor dem Berliner Kanzleramt ausrichtet. Lars Günther, neu im Landtag, war in den vergangenen Jahren Organisator diverser Demonstrationen in seinem Heimatlandkreis Märkisch-Oderland und trat unter anderem als Redner bei einer von der Neonazipartei »Die Rechte« getragenen Kundgebung auf. Bisher arbeitete er als persönlicher Assistent für Jürgen Elsässer, den Herausgeber des »Compact«-Magazins. Ihren Wahlkampf hatte die AfD mit hohem Material- und Geldeinsatz bestritten. Ins Zentrum stellte die Partei größtenteils inhaltlich nicht spezifizierte Protestparolen, die an einen ostdeutschen Widerstandsgeist in der Tradition von 1989 appellierten: »Vollende die Wende«, »Der Osten steht auf« oder »Wir sind das Volk«. Ergänzt wurde die Plakatkampagne um einen im Vergleich zu anderen Parteien intensiven Straßenwahlkampf mit Infoständen, kleineren Wahlkampfkundgebungen, Saalveranstaltungen und einigen »Volksfesten«. In der AfD-Hochburg Cottbus wurde Mitte Juli mit einer größer aufgezogenen Kundgebung der Wahlkampf eröffnet. Vor etwa 1.000 Parteianhänger*innen sprachen AfD-Bundeschef Jörg Meuthen, der Thüringer Rechtsaußen Björn Höcke, der sächsische Parteivorsitzende Jörg Urban sowie Andreas Kalbitz.

Strategie: Obstruktion

Der fundamentaloppositionelle Kurs der Brandenburger AfD dürfte von der neuen Landtagsfraktion fortgeführt und eher noch verschärft werden. Bisher wurde das Landtagsplenum vor allem als Bühne für Provokationen und Zuspitzungen genutzt. Durch sachpolitische Vorschläge oder fachpolitische Ambitionen fielen die AfD-Abgeordneten in der vergangenen Legislaturperiode nicht auf. Am markantesten war die dem Vorbild anderer Ostbundesländer nachempfundene Praxis, per »Kleinen Anfragen« eine Bedrohung des inneren Friedens durch einen »staatlich finanzierten Linksextremismus« anzuklagen. Gemeint sind damit die Landesprogramme gegen Rechtsextremismus. Insgesamt waren von Seiten der AfD keine Bemühungen auszumachen, sich für die Übernahme politischer Verantwortung bereit zu machen oder mittelfristige Koalitionsoptionen vorzubereiten.

Motivation: Rassismus

Es kam also nicht überraschend. Bei den Landtagswahlen am 1. September hat die AfD in Brandenburg einen Erfolg verzeichnet. Sie gewann 23,5 Prozent der Zweitstimmen und wurde somit zweitstärkste politische Kraft im Land. Die Wahlergebnisse der AfD waren in den Braunkohleregionen im Landessüden und in den Berlin-fernen, ländlich geprägten Gebieten höher als in anderen Landesteilen. Im Osten des Bundeslandes waren die AfD-Ergebnisse generell höher als im Westen. Die Wähler*innenschaft war – laut Erkenntnissen der »Forschungsgruppe Wahlen« – eher männlich (29 % gegenüber 16 Prozents bei den Frauen) und überdurchschnittlich stark in den mittleren Altersgruppen (29 % bei 30- bis 59-Jährigen) vertreten. Unter Arbeiter*innen wurde ein Ergebnis von 34 Prozent erzielt, unter Verbeamteten lag der Wert bei 16 Prozent. Nach dem Bildungsgrad gewichtet war der AfD-Anteil unter Personen mit mittlerer Reife am höchsten (31 %), unter denen mit Hochschulabschluss am geringsten (13 %).

Die Berichte über die Neonazi-Verbindungen von Landeschef Kalbitz kurz vor dem Wahltermin hatten auf die eigene Anhänger*innenschaft keinen erkennbaren Einfluss. In der AfD fernstehenden Milieus wird die Partei hingegen schon länger besonders misstrauisch bewertet. Auf einer Skala von -5 bis 5 wurden von der Brandenburger Bevölkerung laut »Forschungsgruppe Wahlen« allen im neuen Landtag vertretenen Parteien im Durchschnitt eine positive Note ausgestellt. Die Durchschnittsnote der AfD ist ein Rekordwert im negativen Sinn: -2,4.

Die AfD-Wähler*innen trauten ihrer Partei Problemlösungskompetenz vor allem in der Migrationspolitik und bei der Inneren Sicherheit zu.



Andreas Kalbitz mit Lars Hünich –
Wahlkampf der AfD-Brandenburg in Cottbus im Juli 2019

In anderen politischen Themenfeldern werden der Partei in der Brandenburger Bevölkerung, aber auch unter ihren eigenen Wähler*innen desaströs niedrige Kompetenzen zugeschrieben. 53 Prozent der AfD-Wähler*innen gaben an, mit ihrer Wahlentscheidung anderen Parteien einen »Denkzettel« geben zu wollen; lediglich 43 Prozent entschieden sich nach eigener Auskunft für die Partei wegen ihrer politischen Inhalte. 46 Prozent der AfD-Wähler*innen sagten, sie hätten im Leben weniger als ihnen gerechterweise zustehe – im Vergleich zum Durchschnitt von 29 Prozent unter allen Brandenburger*innen. Nur 12 Prozent der brandenburgischen Wähler*innen gaben an, als Ministerpräsidenten lieber Andreas Kalbitz als den bisherigen SPD-Amtsinhaber Dietmar Woidke zu sehen. Dies bedeutet, dass selbst weniger als die Hälfte der AfD-Wähler*innenschaft der Partei keine Regierungsführerschaft zutraut oder für wünschenswert hält.
Eine »Denkzettel«-Motivation und Gefühle der Zurücksetzung spielten also offenkundig bei der Wahlentscheidung von AfD-Wähler*innen eine relevante Rolle. Die Partei ist als Marke für Protest etabliert. Gleichzeitig und damit nicht im Widerspruch stehend sind insbesondere Rassismus, aber auch weitere anti-egalitäre Einstellungen unter der Wähler*innenschaft überproportional weit verbreitet. Die AfD-Wähler*innen sind rassistisch gesinnt und bereit, einer auch für sie erkennbar extrem rechten Partei ihre Stimme zu geben – der Umgang mit vermeintlichen oder tatsächlichen Problemen wird ihr deshalb jedoch nicht unbedingt zugetraut.

Programm: Vergangenheit
Das AfD-Landtagswahlprogramm spielte in öffentlichen Debatten vor der Wahl kaum eine Rolle. In dem 44-seitigen Dokument sind erwartbare Positionen versammelt, die im Vergleich zu den sonstigen Äußerungen aus der Partei eher zurückhaltend formuliert sind. In sozialen Fragen werden allgemeine Missstände angesprochen und versprochen, eine Besserung zu bewirken. Mit welchen Hebeln wie agiert werden sollte, wird jeweils nur angedeutet oder ganz offen gelassen. Eine typische Formulierung: »Die AfD tritt grundsätzlich für die Bewahrung des sozialen Friedens und den Erhalt unserer Solidargemeinschaft ein. Wir wollen zugleich die Eigeninitiative fördern.« Das Programm enthält ein Bekenntnis zum Mindestlohn, der nach Meinung der AfD höher als bisher ausfallen müsste – freilich ohne einen konkreten Wert zu nennen.
Bildungspolitisch wird im Programm darauf gepocht, »ein breites historisches Wissen« zu vermitteln. Die dann aufgezählten historischen Epochen werden tatsächlich allesamt in den Brandenburger Rahmenlehrplänen ausführlich gewürdigt. Gemeint ist mit der programmatischen Forderung schlicht, dass nach Willen der AfD die deutsche Geschichte identitär-positiv und der Nationalsozialismus weniger ausführlich und als atypisch behandelt werden sollen.
Die Forderung nach »Identität und Leitkultur« ist im Programm zentral gestellt. Eine Besinnung auf »preußische Tugenden« sei nach Ansicht der AfD vonnöten, auch um die landeseigene »Lebensform« gegen »die Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft zu verteidigen«. Forderungen nach Stärkung plebiszitärer Verfahren lassen den Willen erkennen, die Bedeutung der Parlamente zu schwächen. Den Braunkohleabbau will die AfD hingegen »als wichtigen Wirtschaftsfaktor« in Brandenburg erhalten und das Pariser Klimaabkommen aufkündigen. Ob Klimaveränderungen durch den Menschen beeinflusst sind, sei »wissenschaftlich nicht gesichert«. Das Landtagswahlprogramm lässt wirtschaftlich eine Orientierung auf den Mittelstand, auf Handwerk und Kleinbetriebe erkennen.

Mandate verdoppelt
Das AfD-Ergebnis hat sich annähernd verdoppelt. Ein Jahr nach ihrer Gründung hatte die Partei 2014 noch 12,2 Prozent und 11 der 88 Landtagsmandate geholt. Mit den jetzt erreichten 23,5 Prozent hat die Partei nun Anspruch auf insgesamt 23 Mandate. Das aktuelle Wahlergebnis liegt im oberen Bereich des Korridors, den sich die AfD in Brandenburg in den vergangenen Jahren erschlossen hat. In Umfragen rangierte die Partei seit zwei Jahren konstant zwischen 18 und 24 Prozent.
Stärkste Partei wurde die SPD mit 26,2 Prozent, auf den weiteren Plätzen folgten CDU (15,6 Prozent), Grüne (10,8 Prozent), Linke (10,7 Prozent) und die »Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler« (5,0 Prozent). Die Neonazi-Partei NPD hatte wegen mangelnder Erfolgsaussichten ihren schon angemeldeten Wahlantritt noch im Sommer rückgängig gemacht. Ihre stärksten Ergebnisse holte die AfD in ihren Hochburgen im Süden des Landes. Im Wahlkreis Spree-Neiße II kam sie auf 36,0 Prozent, in Oberspreewald-Lausitz I auf 35,7 Prozent. Am schwächsten schnitt sie in der Landeshauptstadt im Wahlkreis Potsdam I mit 9,4 Prozent sowie im angrenzenden Potsdam-Mittelmark IV mit 13,6 Prozent ab. Insgesamt gewann die AfD 15 der 44 Wahlkreise und holte ebenso viele Direktmandate. Vorbehaltlich möglicher kurzfristiger Änderungen sind dies: Andreas Kalbitz, Daniel Freiherr von Lützow, Birgit Bessin, Steffen Kubitzki, Lars Hünich, Lena Duggen, Andreas Galau, Dennis Hohloch (Listenplätze) sowie Christoph Berndt, Sabine Barthel, Felix Teichner, Steffen John, Lars Günther, Franz Wiese, Rolf-Peter Hooge, Wilko Möller, Kathleen Muxel, Daniel Münschke, Marianne Spring-Räumschüssel, Lars Schieske, Michael Hanko, Peter Drenske, Volker Nothing (Direktmandate). Die Fraktion ist groß genug, um im Parlament eigenständig Untersuchungsausschüsse einrichten zu können. Mit der 73-jährigen Marianne Spring-Räumschüssel wird die AfD voraussichtlich die Alterspräsidentin des Landtages stellen können.



Infotisch beim »AfD-Bürgerdialog« in Freital am 9. August 2019

#Sachsen

Am Pol der Macht?

Die »Alternative für Deutschland« kann in Sachsen nicht regieren. Aber sie wurde zweitstärkste Kraft im Landtag.

von Martin Leonow

Die Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2019 hat harte Tatsachen geschaffen: Wahlsieger ist die CDU, die nach dem vorläufigen Ergebnis mit 32,1 Prozent oberhalb aller Erwartungen abschnitt. Gleich danach kommt die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit 27,5 Prozent, rund das Dreifache ihres Ergebnisses von vor fünf Jahren und ihr bestes Resultat bei einer Landtagswahl. Mit deutlichem Abstand folgt Die Linke, die schwere Einbußen hinnehmen musste (10,4%). Hinter dem Bundestrend zurück blieben die Grünen (8,6%). Die künftig kleinste Fraktion wird die SPD (7,7%) bilden.
Aller Voraussicht nach entsteht nun im Freistaat ein schwarz-rot-grünes Regierungsbündnis, das nur eine dünne Mehrheit haben, konservativ dominiert und einem rechtsradikalen Oppositionsführer gegenüberstehen wird. Denn die AfD, die sich auf rund 600.000 Wähler*innen stützt, kommt dem Pol der Macht so nah wie nie zuvor. An ihrem wichtigsten Ziel, die CDU zu überholen und selbst zu regieren, ist sie allerdings gescheitert. Noch kurz vor der Wahl hatte AfD-Spitzenkandidat Jörg Urban der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« gesagt, man habe sich »bereits schulen lassen, wie man Ministerien übernimmt und führt.«

Regierungsbeteiligung verpasst

Das Wahlprogramm der AfD hieß konsequenterweise »Regierungsprogramm« und es warb für »eine stolze, familienfreundliche und sichere Heimat.« Einer der rassistischen Kernpunkte: keine Einwanderung aus »inkompatiblen Kulturkreisen«, nachdem schon bisher zahlreiche Geflüchtete »in durchaus gefährlichen Absichten« hergekommen seien. Wirtschafts- und sozialpolitisch wurden Steuersenkungen bis hin zur Einrichtung deregulierter »Sonderwirtschaftszonen« in strukturschwachen Regionen beworben. Für Irritationen sorgte insbesondere die Aussage, man wolle Hartz-IV »in dieser Form« abschaffen, ohne an einen Ersatz zu denken. Hinzu traten bizarre Vorschläge einzelner Kandidierender, etwa die Errichtung eines Atomkraftwerks in der Lausitz.
Das Pfund, mit dem die AfD wucherte, waren weniger ihre Ziele, sondern die eigenen Erfolge und das glaubwürdige Versprechen, sie fortzusetzen. Vor fünf Jahren war die Rechtspartei in Sachsen erstmals in ein Landesparlament eingezogen, erhielt damals 9,7 Prozent der Zweitstimmen. Das galt als Achtungserfolg, aber der Höhenflug begann erst: Zur Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD im Landesschnitt bereits 27 Prozent und wurde knapp vor der CDU stärkste Kraft. Zur Europawahl im Frühjahr diesen Jahres verteidigte sie ihre Vormachtstellung und konnte die meisten der hiesigen Wahlkreise für sich gewinnen. Bei den zeitgleich durchgeführten Kommunalwahlen errang sie mehr als 1.000 Mandate.
Ihre Stärke konnte die Partei – sie hat in Sachsen ihren stärksten Ost-Landesverband – damals aber noch nicht parlamentarisch auskosten: Mit ihren anfänglich 14 Landtagssitzen bildete sie bisher die zweitkleinste Fraktion im Landtag, zwischenzeitlich traten fünf Abgeordnete aus. Im Vergleich zu anderen Bundesländern galt die Sachsen-AfD als blass, fachpolitisch punkten konnte sie nicht. Sie war die einzige Fraktion, die zum jüngst beendeten zweiten sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss kein Votum abgab.

Schlagkraft im Parlament

Die parlamentarische Schlagkraft wird nun deutlich wachsen. Die neue Fraktion wird mit 38 Sitzen deutlich größer werden und profilierte Rechtsausleger in den Landtag spülen. Dazu gehört etwa Jan Zwerg, Landes-Generalsekretär der Partei mit Listenplatz zwei, der den Wahlkampf zur »Jagdsaison« erklärt hatte. Oder Roland Ulbrich, einst Mitbegründer der »Patriotischen Plattform«, die inhaltlich vieles vorweg nahm, was heute in Gestalt des völkisch-nationalistischen »Flügels« die Partei dominiert. AfD-Landesvorsitzender Urban, der die neue Fraktion voraussichtlich führen wird, gehört selbst dem »Flügel« an. In Sachsen ist das kein Problem, im Gegenteil: Zum offiziellen Wahlkampfauftakt Mitte Juli in Lommatzsch (Landkreis Meißen) sprachen auch Björn Höcke und Andreas Kalbitz – beide prominente Vertreter der parteiinternen Strömung.

Die einzigen ernsten Probleme besorgte man selbst. Wegen Formfehlern hatte der Landeswahlausschuss zunächst nur 18 AfD-Kandidierende zugelassen und damit die Landesliste radikal auf rund ein Drittel zusammengestrichen. Dagegen rief die Partei den Sächsischen Verfassungsgerichtshof an, der in einem »besonderen Ausnahmefall« zugunsten der AfD entschied und immerhin 30 Listenplätze anerkannte. Der speziellen Konstellation wegen wird nun tatsächlich ein Landtagssitz, den sonst die AfD erhalten hätte, verfallen. Die Partei hat bereits angekündigt, abermals zu klagen und Neuwahlen zu erzwingen.

AfD-Themen

Bis zum Wahltag war die Befürchtung, dass die AfD stärkste Kraft werden und mitregieren könnte, ein plausibles Szenario. Dann aber setzte sich die CDU im Wahlergebnis doch deutlich ab. Zwar hat sie im Vergleich zur vorigen Landtagswahl mehr als sieben Prozentpunkte eingebüßt und ist damit auf einem Tiefstand angelangt. Gleichwohl konnte sie etwas besser abschneiden als zur Bundestags- und zur Europawahl und dafür sorgen, dass der AfD »nur« ein Viertel der Wahlkreise zufällt. Insoweit ist der Wahlausgang kein zusätzlicher Rechtsruck, sondern eine nachholende Anpassung an gesellschaftspolitische Verschiebungen, die bereits eingetreten sind – und an denen die CDU, die im Freistaat seit drei Jahrzehnten ununterbrochen regiert, ihren Anteil hat.

#SchwarzBlau?

Es war der Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat Michael Kretschmer, der eine Koalition mit der AfD überraschend deutlich und glaubhaft ausgeschlossen hatte. Auch die meisten anderen CDU-Kandidierenden schlossen während des Wahlkampfes einen solchen Pakt aus. Diese Distanzierung bedeutete aber keine völlige Abwendung von der Umarmungsstrategie der Union, die von der überall widerlegten Annahme zehrt, man könne Wähler*nnen zurückgewinnen, indem man sich der AfD anverwandelt. So mischte sich die nationalkonservative »Werte Union« in den Wahlkampf ein und schickte den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen für Veranstaltungen nach Sachsen, was der Partei keine messbaren Vorteile brachte. Der Politikwissenschaftler und CDU-Berater Werner Patzelt stieß eine Hintertür auf, indem er empfahl, eine Minderheitenregierung zu bilden – der die AfD auch ohne formelle Koalitionsvereinbarung zuarbeiten könnte.

Folgenreicher als solche Gedankenspiele war, dass die Union selbst dafür sorgte, im Wahlkampf keine Themen in den Vordergrund zu rücken, die nicht bereits durch die AfD erfolgreich ausgebeutet werden. So setzen die Christdemokrat*innen wie auch ihre Rechtsaußen-Konkurrenz auf den starken Staat, Law-and-Order und Heimatverbundenheit. Darin ist die Kretschmer-CDU, zuletzt viel gelobt für ihre moderne Kommunikation, ganz die alte geblieben: Seit langem versucht sie, sich als strikt konservative »sächsische Union« gegen die Bundespartei und insbesondere die Kanzlerin Angela Merkel abzusetzen.

Rechts der CDU

Eine Besonderheit der Wahl in Sachsen war das stark ausdifferenzierte Angebot teils aussichtsreicher Rechtsparteien – die letzthin alle im Schatten der AfD verwelkten. Nicht völlig neu, aber erstmals von landespolitischem Gewicht waren die wertkonservativen »Freien Wähler« (FW). Sie wollten AfD-Anhänger*innen abwerben, heraus kamen aber im Ergebnis lediglich 3,4 Prozent der Stimmen. Bereits im Frühjahr 2019 waren bei der Stadtratswahl in Dresden einige PEGIDA-nahe FW-Kandidierende aufgefallen. Spitzenkandidatin war mit Cathleen Martin die Landesvorsitzende der »Deutschen Polizeigewerkschaft« (s. drr Nr. 171). Weiter hinten auf der Liste folgte der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Michael Beleites, der lange Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Sachsen war. Zuletzt fiel er durch Verbindungen zur »Neuen Rechten« auf, etwa als Referent beim »Institut für Staatspolitik« und als Autor von Götz Kubitscheks Zeitschrift »Sezession«.

»Blaue Partei«

Mit 0,4 Prozent der Zweitstimmen scheiterte die nationalkonservative »Blaue Partei« um Frauke Petry. Die frühere Bundessprecherin der AfD hatte vor zwei Jahren begonnen, eine aus ihrer Sicht »anständige« Alternative zur AfD aufzubauen, was offenbar misslang. Größtes Kapital der Partei war ihre Frontfrau, die noch von einer gewissen Lokalprominenz zehrte. Dennoch erhielt sie als Direktkandidatin im Raum Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) kaum mehr als 800 Stimmen. Ebenfalls keinen Erfolg bedeuten die 0,2 Prozent für eine weitere AfD-Abspaltung, den völkisch-nationalistischen »Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland« (ADPM) um André Poggenburg. Bis 2018 war er Landes- und Fraktionschef der AfD in Sachsen-Anhalt gewesen. Auf den eigenen Machtverlust reagierte der einst maßgebliche »Flügel«-Mann Anfang 2019 mit der Neugründung der ADPM. Die Partei sollte den Schulterschluss mit den in Sachsen zeitweise virulenten rechten Straßenmobilisierungen suchen. Allerdings brach die »asylfeindliche« Protestwelle schon nach der Bundestagswahl ein. Die ADPM scheiterte zudem durch den überraschenden Rückzug Poggenburgs kurz vor der Wahl.

Erneut trat in Sachsen auch die NPD zur Wahl an. Sie fuhr eine herbe Schlappe ein und erhielt nur 0,6 Prozent der Stimmen, so wenig wie noch nie in Sachsen. Ab 2004 war die Partei zwei Wahlperioden lang im Landtag vertreten, inzwischen ist sie kaum noch wahrzunehmen. Als Direktkandidat trat im Raum Sebnitz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) zudem der frühere NPD-Abgeordnete Johannes Müller auf eigenem Ticket an, er erhielt lediglich rund 700 Stimmen. Die rechtslibertäre »Partei der Vernunft« (PdV) gewann 0,1 Prozent und die obskurantistische »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo) 0,2 Prozent der Zweitstimmen. Gar nicht erst zur Wahl zugelassen wurde »Der III. Weg«. Der Landeswahlausschuss hat die neonazistische Vereinigung nicht als Partei anerkannt. Wegen eines Formfehlers gleichfalls nicht zur Wahl zugelassen wurde »Pro Chemnitz«. Die extrem rechte Lokalpartei stellte in Chemnitz zwei Direktbewerber – darunter den Szeneanwalt Martin Kohlmann – auf, die lediglich 1,4 Prozent beziehungsweise 1,9 Prozent der Erststimmen erhielten.

#Thüringen

»Bewegungspartei« mit »Abschieben-Initiative 2020«



In Thüringen, dem Kernland des Netzwerks »Der Flügel«, stehen Ende Oktober die Landtagswahlen an. Die »Alternative für Deutschland« zieht mit ihrem Landesvorsitzenden Björn Höcke an der Spitze in den Wahlkampf, der seiner Partei »historische Wahlergebnisse« prognostiziert.

von Kai Budler

Beim »Kyffhäuser-Treffen« Anfang Juli 2019 im nordthüringischen Leinefelde verkündete der Vorsitzende der Thüringer »Alternative für Deutschland« (AfD), Björn Höcke: »Der Osten steht auf.« Es ist ein doppeldeutiges Motto, denn nicht nur der Geschichtslehrer Höcke dürfte um die Anleihe bei der Sportpalastrede von Joseph Göbbels aus dem Jahr 1943 gewusst haben, die der Reichspropagandaminister mit den Worten beendete: »Nun Volk steh auf und Sturm brich los.«

Gut aufgestellt, gute Prognose

Etwa 40 Prozent der AfD-Mitglieder im Osten werden dem »Flügel« mittlerweile zugerechnet, Tendenz steigend. Auch in den westdeutschen Ländern wird sein zunehmender Einfluss öffentlich sichtbar. Dessen Mit-Initiator Höcke war bereits zwölf Monate vor der Landtagswahl in Thüringen mit 84,4 Prozent der Stimmen als Spitzenkandidat der 36-köpfigen Landesliste gewählt worden. Der Zweitplatzierte und Landesvize, Stefan Möller, bezeichnete die Liste, auf der lediglich fünf Frauen kandidieren, als »Querschnitt der bürgerlichen Mitte unseres Freistaates«. Die Kandidat*innen hätten »nicht die Kaderschmieden der Altparteienstiftungen durchlaufen, die ihnen jegliche Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit zu Gunsten der politischen Karriere genommen haben«. Auch bei ihren Direktkandidat*innen ist die AfD im Freistaat gut aufgestellt und stellt in 40 der insgesamt 44 Wahlkreise Direktkandidat*innen – 27 davon kandidieren auch auf der Landesliste, auf der sich auch vier Polizeibeamte unter den ersten 18 Plätzen befinden. Landesvize Möller rechnet mit bis zu 15 Direktmandaten für die AfD in ländlichen Gegenden und Vororten der Städte. Dies wäre knapp ein Drittel der landesweit 44 direkt gewählten Landtagsmitglieder. Schon bei den Kreistags- und Stadtratswahlen im Mai 2019 hatte die AfD in Thüringen ihren kommunalen Rückstand aufgeholt. War sie 2014 nur in Erfurt und dem Weimarer Land angetreten, errang sie fünf Jahre später im Landesdurchschnitt 17,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, in Gera wurde sie mit knapp 29 Prozent stärkste Kraft im Stadtrat. Landesweit verfügt sie nun über 363 kommunale Mandate. Schon im Januar 2018 hatte Höcke ein Wachstum der AfD »von unten nach oben« eingefordert: »Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen (…) Wir müssen überall dort, wo wir gute Leute haben – und die Betonung liegt auf gute Leute, denn Qualität ist der Quantität vorzuziehen – überall dort müssen wir jetzt rein: in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte, wir müssen Bürgermeister stellen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.« Schatten auf Höckes Wahlkampf wirft unterdessen eine Spendenaffäre im Zusammenhang mit dem »Flügel« (s. drr Nr. 178). Weil über das Konto von Höckes Kreisverband Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen nicht nur die Teilnahmegebühren für »Flügel«-Treffen abgewickelt, sondern auch höhere Beträge eingezahlt wurden, prüft die Bundestagsverwaltung nun den Rechenschaftsbericht der Bundes-AfD auf eventuell nicht deklarierte Parteispenden. Schon gegen den Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen und den AfD-Politiker Guido Reil wurden wegen verdeckter Wahlkampfhilfen Strafbescheide in Höhe von insgesamt rund 400.000 Euro ausgestellt, weitere Fälle werden noch geprüft.

Parlament und Straße

Nach wie vor beharrt die AfD in Thüringen auf ihrem Charakter als »Bewegungspartei«, heißt es im Programm: »Wir sind und bleiben die natürlichen Verbündeten aller konservativ-patriotischen Protestbewegungen und Bürgerinitiativen, ohne welche die dringend notwendigen Veränderungen unseres Landes nicht möglich wären«. Andererseits verweist die Partei auf die parlamentarische Funktion ihrer Landtagsfraktion, die »ohne Unterwerfung unter die Regeln der politischen Korrektheit im bürgerlichen Ton einen konservativen, patriotischen und liberalen Kurs« vertrete. Heroisch werden AfD-Mitglieder als »Pioniere im Minenfeld der politischen Korrektheit« überhöht, »um die Definitionsmacht der Altparteien über das sanktionslos Sagbare zu brechen«.

»Meine Heimat – mein Thüringen«

Mitte August verabschiedeten dann rund 230 Mitglieder auf ihrem Landesparteitag einstimmig das 110-seitige Landtagswahlprogramm der AfD in Thüringen. Die Partei zieht unter anderem mit Forderungen nach einer Neugestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, einer Abschiebe-Initiative und einer Reform des Verfassungsschutzes



AfD-Infostand beim Fest des Landtages in Erfurt im Juni 2019

in den Wahlkampf. Außerdem will die Partei mit den Schwerpunkten Innere Sicherheit und Justiz sowie Wissenschaft und Bildung punkten. Um aber die Reflexe seiner Zuhörer*innen zu befriedigen, forderte Höcke in seiner etwa 40-minütigen Rede auf dem Parteitag erst einmal ein Abschiebegefängnis für Thüringen und kündigte eine »Abschiebe-Initiative 2020« an, wenn die AfD in Regierungsverantwortung komme. »In Thüringen gibt es keine Willkommenskultur für illegale Einwanderer, sondern nur eine Verabschiedungskultur. Punkt«, sagte der Landesvorsitzende in seiner Rede. Seine Partei fordert im Programm, auf Landesebene eine generelle Altersfeststellung von minderjährigen Flüchtlingen einzuführen. Anschließend wolle man »den Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen durch neue Verfahrensweisen, insbesondere durch Massenabschiebungen, herbeiführen«.
Der rassistische Charakter der AfD-Politik wird besonders in den Vorstellungen einer »identitätserhaltenden Migrationspolitik« deutlich, die – vermischt mit anderen Faktoren – zu einer Thüringer Verschwörungstheorie wird. Mit der »verheerenden« und »verfassungsfeindlichen Migrationspolitik der vergangenen vier Jahre habe die »in Teilen linksextreme Landesregierung« gute Bedingungen vorgefunden, »um über eine Veränderung des Staatsvolks ihrer ideologischen Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft näher zu kommen«. Bei landesweit etwa fünf Prozent von Personen mit Migrationshintergrund Ende des Jahres 2018 seien »ganze Stadtteile (…) in den letzten drei Jahren bevölkerungspolitisch gekippt, weil man dort schwerpunktmäßig Hunderte Ausländer in Sozialwohnungen oder Plattenbaugebieten unterbrachte«. Auch in anderen Punkten schimmert der Rassismus durch. Im Punkt »Direkte Demokratie« lehnt die Partei die Einführung eines »Einwohnerantrags« als Ersatz für den bisherigen Bürgerantrag ab. Zur Begründung heißt es, er »berechtigt alle Einwohner – unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus, grundsätzlich damit auch den abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber –, über Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft mitzubestimmen. Damit wird aber das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung durchbrochen«. Die Gewährleistung der Sicherheit koppelt die AfD an ein gemeinschaftsorientiertes »Werte-, Sitten- und Normengefüge (…), das sich über Jahrhunderte hinweg ausgeprägt hat«. Mit einer »multikulturellen Gesellschaft« könne es eine intakte Rechtsordnung nicht geben. Daher weise die AfD in Thüringen das Ansinnen zurück, »unsere über Generationen gewachsene Vertrauensgesellschaft in eine multikulturelle Gesellschaft aufzulösen«. Stattdessen inszeniert sich die Partei als Lobby von Waffenbesitzer*innen und Sicherheitsfirmen. Verwaltungsbestimmungen zur Durchführung des Waffenrechts auf Landesebene will sie »entschlacken«. Auch in der Bildungspolitik wird die von der AfD herbei halluzinierte »weitgehend illegale Masseneinwanderung« für Defizite im Schulsystem verantwortlich gemacht. Die »Gender Forschung« an den Hochschulen ist der AfD als »pseudowissenschaftliche Forschung« und »als Wissenschaft getarntes Ideologieprogramm« ein Dorn im Auge und gehöre abgeschafft. Im Visier der AfD befindet sich erwartungsgemäß das »Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit«, das seit 2011 der Stärkung der demokratischen politischen Kultur in Thüringen dienen soll. Nach Ansicht der AfD ist es ein »steuerfinanziertes Mittel vorrangig zum Kampf gegen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft, (…) um antibürgerliche Gesinnungen salonfähig zu machen und Institutionen, die nicht selten im linksextremen Spektrum verortet sind, mit Steuermitteln zu versorgen«. Die Partei will das Programm beenden und seine Finanzmittel in ein neues Landesprogramm namens »Meine Heimat – mein Thüringen« stecken. Hatte Höcke schon in Leinefelde versucht, seine Anhänger*innen mit Zweifeln am menschlichen Einfluss auf den Klimawandel zu mobilisieren, zieht die AfD im Wahlprogramm nach. Dort heißt es: »Unstrittig ist jedoch, dass sich das Klima auf unserem Planeten schon immer gewandelt hat und es sich auch derzeit im Wandel befindet.« Die aktuelle Klimaschutzpolitik führe zu einer »Deindustrialisierung westlicher Industrienationen«, deren Folgen auch in Thüringen spürbar seien: »Sie zerstört nämlich nicht nur die Weltmarktführerrolle großer deutscher Automobilkonzerne, sondern damit auch die Geschäftsgrundlage der bei uns ansässigen Zuliefererindustrie.« Die AfD plädiert für eine bessere Kanalisation, den Ausbau der Bewässerung von Feldern und den stärkeren Einsatz von wärmeliebenden Baumarten beim Waldumbau.

Etablierung auf Bundesebene

Mit den zu erwartenden Prozenten bei den drei Landtagswahlen und der damit einhergehenden weiteren Verschiebung des innerparteilichen Machtgewichts gen Osten im Rücken hatte der Thüringer Landesvorsitzende beim »Kyffhäuser-Treffen« schon angekündigt, der Bundesparteivorstand werde beim Bundesparteitag im November »in dieser Zusammensetzung nicht wiedergewählt« und erklärt: »Ich werde mich mit großer Leidenschaft der Neuwahl des Bundesvorstands hingeben.« Bislang schweigt sich Höcke darüber aus, ob dies auch seine eigene Kandidatur beinhaltet. Erst einmal ist er einer von 22 AfD-Mitgliedern, die auf dem Landesparteitag zu Delegierten für den Bundesparteitag bestimmt wurden.
In der Bundes-AfD braucht es nun eine taktische Strategie, um den »Der Flügel« medienwirksam aus der Partei auszugrenzen. Und so sagte Meuthen im ZDF-Sommerinterview, die mächtigste innerparteiliche Strömung »ist nicht Teil der AfD«. Wenig später bestätigt Meuthens Ehefrau bei Twitter den taktischen Charakter der Aussage. »Wenn Jörg im TV sagt, dass der Flügel Bestandteil der Partei ist, wird es richtig teuer für die Partei, denn dann wären die Kyffhäuserfinanzierungen nicht deklarierte Parteieinnahmen. (…) Jörg lässt euch nicht hängen«, schreibt Natalia Meuthen in einem Tweet.

Nationalisierung von Arbeit im 21. Jahrhundert

Politiker*innen der »Alternative für Deutschland« beziehen sich bekanntermaßen regelmäßig affirmativ auf Vergangenheit und kritisch auf Erinnerungskultur, um ein positives deutsches Selbstbild zu zeichnen. Weniger beachtet wird, welche Rolle Arbeit in diesem Bild spielt und wie sie auf historische Kontinuitäten in der Rechten verweist.

von Felix Axster und Nikolas Lelle

Im April 2016 sprach Björn Höcke, der Fraktionsvorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Thüringischen Landtag, in einer Rede in Schweinfurt davon, die »primäre soziale Frage« beziehe sich nicht mehr wie früher auf oben und unten. Die »neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts« sei die nach der Verteilung des Volksvermögens »von innen nach außen«. Damit ist nicht nur die Ausgangslage einer völkischen Sozialpolitik skizziert, die Höcke und sein »Flügel« umzusetzen versuchen. Die Reformulierung der sozialen Frage durch die Unterscheidung von innen und außen ist auch Ausdruck einer neuen Nationalisierung von Arbeit im 21. Jahrhundert.

Die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, sorgte im letzten Jahr während der Haushaltsdebatte im deutschen Bundestag für einen Skandal, als sie davon sprach, dass »Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse (…) unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern« werden. Denn, so erklärte der AfD-EU-Parlamentarier Jörg Meuthen einige Wochen zuvor im Interview mit dem rechten Magazin »Recherche D«: »Wir wissen, dass man entweder offene Grenzen oder einen Sozialstaat haben kann. Wir wissen, dass unser Sozialstaat ein Pull-Faktor ist, der en gros Migranten anzieht, die nicht arbeiten wollen.« (s. drr Nr. 172) Wann immer sie können, zeichnen Vertreter*innen der AfD das Bild von Geflüchteten, die nicht arbeiten wollten, die faul seien und dem Staat auf der Tasche lägen.

Es war der Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, der in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von einer »globalistischen Klasse« schrieb, deren Angehörige Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Politik einnähmen, aber den Bezug zu ihrer Heimat verloren hätten. Ihnen gegenüber stünden zwei Milieus, die »in der AfD eine Allianz« eingegangen seien: die bürgerliche Mittelschicht und »viele sogenannte einfache Menschen, deren Jobs oft miserabel bezahlt werden oder nicht mehr existieren, die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Rente leben müssen«. Gauland übte sich hier in der Anrufung des sogenannten kleinen Mannes. Die AfD geriert sich damit als Partei der hart Arbeitenden.

Unmittelbar nach dem Erscheinen des Artikels wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Text verblüffende Ähnlichkeiten zu einer Rede aufweist, die Adolf Hitler 1933 vor Arbeitern in der Siemensstadt hielt. Gauland will die Rede nicht gekannt haben. So oder so, die Ähnlichkeiten sind kein Zufall. Sie zeigen sich in der Gegenüberstellung von globaler Elite und faulen Fremden auf der einen und hart arbeitender, deutscher Bevölkerung auf der anderen Seite.

Björn Höcke fügte dem Selbstbild dieser Gegenüberstellung eine historische Dimension hinzu. In dem 2018 publizierten Interviewband »Nie zweimal in denselben Fluss« redete er von einem »Ansehen« der Deutschen in der Welt, das auf einem »Wohlstandsaufbau« beruhe, »der in der Zeit von 1850 bis 1918 aus dem Geist der praktischen Tüchtigkeit der Deutschen erwuchs«. Landolf Ladig, mit ziemlicher Sicherheit ein Pseudonym von Höcke, gab diesem Argument einige Jahre zuvor eine andere Stoßrichtung: In einem Artikel für die von dem Neonazi-Kader Thorsten Heise herausgegebene Zeitschrift »Volk in Bewegung« sprach er davon, dass »eben nicht die Aggressivität der Deutschen ursächlich für zwei Weltkriege« gewesen sei, sondern »ihr Fleiß, ihre Formliebe und ihr Ideenreichtum«.

Eine lange Geschichte »deutscher Arbeit«

Das von den AfD-Politiker*innen propagierte Bild der Deutschen haben diese keineswegs erfunden. Im Gegenteil, sie schließen an historische Vorläufer an, die sich mindestens bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Damals prägte Wilhelm Heinrich Riehl den Begriff »deutsche Arbeit«. Fleiß, Disziplin, Sittlichkeit – mit diesen Attributen sollte die Behauptung untermauert werden, es gebe eine spezifisch deutsche Art zu arbeiten. Riehl, der als Begründer der Volkskunde gilt, setzte sich kritisch mit der Durchsetzung des Kapitalismus beziehungsweise der Warenförmigkeit von Arbeit und Arbeitskraft auseinander. Seine Hauptsorge galt dem Erstarken der Arbeiter*innenbewegung und dem Sozialismus. Seine Ausführungen zur »deutschen Arbeit« lesen sich wie eine Entfremdungsdiagnose, nur dass Riehl im Gegensatz zu Karl Marx reaktionär-völkische Lösungsvorschläge unterbreitete: Es gelte, die Arbeit in den Dienst des nationalen Kollektivs zu stellen, um sie mit Sinn aufzuladen und Freude an ihr zu empfinden. Erst die Arbeit schweiße die Deutschen zusammen, präge ihre Besonderheit und immunisiere sie gegen vermeintlich schädigende Einflüsse, die laut Riehl insbesondere von Juden und Jüdinnen ausgingen.

Der Begriff »deutsche Arbeit« verweist auf das, was der Literaturwissenschaftler Frank Trommler als »Nationalisierung von Arbeit« bezeichnete. Arbeit sollte dazu dienen, nationalen Zusammenhalt herzustellen und die nationale Gemeinschaft zu formieren. Von Anfang an ging dieser Formierungsprozess mit antisemitischen und rassistischen Ausschlüssen einher. So ist es auch kaum verwunderlich, dass der Begriff »deutsche Arbeit«, der im Zuge der Globalisierung



»Kleine Arbeit« ist eine Sackgasse in Wismar – für die AfD soll es die »deutsche Arbeit« nicht sein

um 1900 immer populärer wurde, zu einem zentralen Bestandteil völkisch-reaktionärer Ideologien und Bewegungen des 20. Jahrhunderts avancierte. Dies zeigt sich auch und vor allem im Hinblick auf den Nationalsozialismus, wo er als Fundament der Volksgemeinschafts-Idee fungierte und Vernichtungspolitiken legitimierte.

»Deutsche Arbeit« – so lässt sich resümieren – befeuerte lange Zeit die Konzepte und Visionen der Rechten, wenn auch nicht immer so explizit wie bei Riehl oder Hitler. Es ging um das Versprechen der Überwindung von Spaltung, Vereinzelung und Entfremdung, das heißt Überwindung der als negativ empfundenen Konsequenzen kapitalistischer Modernisierung. Gleichwohl stand nicht die kapitalistische Organisationsform der Arbeit an sich zur Disposition. Vielmehr sollte die in antagonistische Klassen zu zerfallen drohende Gesellschaft wieder versöhnt werden – mittels nationaler Arbeit. Arbeit also, die dem nationalen Gemeinwohl diene, die Nation stärke, sie erst herstelle. Keineswegs ging es dabei in erster Linie um Wertschöpfung und Produktivität. Eher sollten sich die Deutschen in kultureller oder moralischer Hinsicht als wertvoll erweisen. Anders gesagt: Die postulierte Höherwertigkeit der Deutschen im Verhältnis zu Juden und Jüdinnen, Kolonisierten, Sinti*ze und Rom*nja, Pol*innen, Engländer*innen und anderen wurde auf einen vermeintlich besonderen Arbeitsethos zurückgeführt, eine besondere Beziehung und Haltung zur Arbeit. In jedem Fall ließ sich der Begriff »deutsche Arbeit« systemkritisch wenden und einsetzen – allerdings nur im Sinne einer »konformistischen Rebellion« (Erich Fromm) oder einer »autoritären Revolte« (Volker Weiß).

Anschluss und Vermittung

Die zitierten Sätze prominenter AfD-Politiker*innen schließen nicht bruchlos an den Begriff »deutsche Arbeit« an. Aber sie stehen in der langen Tradition dieses Begriffs und stellen Versuche der Reaktualisierung dar. Stichwortgeber für eine Nationalisierung von Arbeit im 21. Jahrhundert war sicherlich Thilo Sarrazin, der in seinem Bestseller »Deutschland schafft sich ab« immer wieder die Faulheit der Einwanderer*innen betonte. Das Buch wurde auch deshalb ein Erfolg, weil es als Begleitmusik zur globalen Krise seit 2007 funktionierte, in der auch vom »faulen Griechen« die Rede war. Sarrazin artikulierte ein Selbstbild, indem er ebenfalls einen besonderen, deutschen Fleiß predigte. Dieses Selbstbild ist in hohem Maße anschlussfähig – immerhin gehört Fleiß seit jeher zu den klassischen bürgerlichen Tugenden. Das heißt, das Selbstbild wird bis weit in die Mitte geteilt, wenngleich nicht jedes Mal mit der Idee einer nationalen Besonderheit verbunden. Es trägt so aber zu einer Vermittung der Ideen von Rechten bei.

Bislang wird das Selbstbild noch nicht in Politik übersetzt. Das hat auch etwas mit dem Richtungsstreit zu tun, der in der AfD tobt. Höckes Versuch, eine völkische Sozialpolitik umzusetzen, ist in der AfD weiterhin kein Konsens. Marktliberale Positionen stehen dem gegenüber und es ist noch nicht abzusehen, wer sich durchsetzt. Der angekündigte Bundesparteitag, auf dem dieser Streit hätte ausgefochten werden sollen, wurde vertagt. Die Idee von »deutscher Arbeit« spielt aber metapolitisch bereits eine Rolle, einerseits um Wähler*innen anzusprechen, andererseits um die eigenen Ideen zu begründen. In welcher Form sie politisch verwirklicht wird, muss sich noch zeigen.

Zu untersuchen bleibt schließlich, inwiefern sich hier eine einzigartige deutsche Entwicklung ausmachen lässt. Denn als Nationalisierung von Arbeit können schon im 19. Jahrhundert auch Entwicklungen außerhalb Deutschlands bezeichnet werden. Und auch heute finden sich ähnliche Tendenzen in anderen nationalen Bewegungen, mit jeweils eigener Vorgeschichte. Der französische Autor Renaud Camus zum Beispiel, der als Vordenker der »Identitären Bewegung« gilt und außerdem das Stichwort vom »Großen Austausch« geprägt hat, führt die vermeintliche Unmöglichkeit des Zusammenlebens von Europäer*innen und insbesondere afrikanischen Einwander*innen unter anderem darauf zurück, dass Letztere keinen Begriff von Arbeit hätten und entsprechend nichts Produktives leisten würden. Zu analysieren wäre also, ob gegenwärtig eine Internationalisierung stattfindet, indem sich verschiedene rechte, nationale Bewegungen in ihrem Bezug auf Arbeit treffen und synchronisieren.

Wahlen in Griechenland

Athen / Griechenland. Bei den Parlamentswahlen am 7. Juli 2019 ist die rechtskonservative »Nea Dimokratia« (»Neue Demokratie«, ND) mit 39,85 Prozent stärkste Kraft geworden. Kyriakos Mitsotakis löst Alexis Tsipras als Ministerpräsident ab, dessen Partei »Syriza« mit 31,5 Prozent zweitstärkste Kraft wurde. Beobachter*innen führen Mitsotakis' Erfolg auf seine Öffnung seiner Partei für Ultrarechte zurück, so nahm er Neonazis wie Mavroudis Voridis und Spyridon-Adonis Georgiadis auf, die den völkisch-nationalistischen Flügel anführen. Georgiadis hatte als Verleger Bücher von Holocaustleugnern herausgebracht und war in der »Chrysi Avgi«-Vorläuferpartei LAOS aktiv, Voridis ist Gründer der Kleinpartei »Elliniko Metopo« (»Griechische Front«), die sich bis heute an den »Werten« der bis 1974 bestehenden Militärdiktatur orientiert. Weitere Vertreter*innen aus dem extrem rechten Lager werden nun Posten in Regierungsämtern bekleiden. Mit dem Wandel konnte die ND scheinbar Wähler*innen der »Chrysi Avgi« gewinnen, die den Einzug ins Parlament verpasste und unter drei Prozent blieb. Interne Führungsstreitigkeiten und der noch andauernde Prozess gegen Mitglieder der »Chrysi Avgi« wegen des Mordes an dem linken Aktivisten Pavlos Fyssas hatten die Partei zusätzlich geschwächt.

Keine Bewegung bei »Identitären«

Halle / Saale. Am 20. Juli 2019 haben Mitglieder der extrem rechten »Identitären Bewegung« (IB) versucht, eine Demonstration abzuhalten. Kurz nachdem sie sich an ihrem Zentrum, »Flamberg« genannt, versammelt hatten, wurden sie von Antifaschist*innen blockiert. IB-Chef Martin Sellner sowie weitere angereiste potenzielle Teilnehmer*innen wurden am geplanten Kundgebungsort am Hauptbahnhof über mehrere Stunden ebenfalls blockiert. Angekündigt war eine Demonstration durch die Innenstadt mit 300 bis 500 Teilnehmer*innen. Um 15:30 Uhr gab die Polizei bekannt, es werde keine Demonstration geben. Vereinzelt wurden »Identitäre« durch die Stadt eskortiert, eine Räumung der rund 2000 Gegendemonstrant*innen war aufgrund fehlender Verhältnismäßigkeit nicht möglich.

Rechte Attacke auf die erste Pride Parade

Białystok / Polen. Am 20. Juli 2019 haben rund 200 Neonazis die etwa 800 Teilnehmer*innen der ersten dort ausgerichteten Pride Parade angegriffen. Die vorwiegend aus dem nationalistischen und Hooligan-Spektrum stammenden Männer verbrannten unter anderem eine Regenbogenfahne, warfen Böller, Steine und Flaschen in Richtung der Teilnehmer*innen und griffen auch die zum Schutz der Demonstration anwesenden Polizeibeamt*innen an. Katholische und nationalistische Gruppen hatten 40 Kundgebungen gegen die Parade angemeldet.

Razzia wegen »Wolfsbrigade«

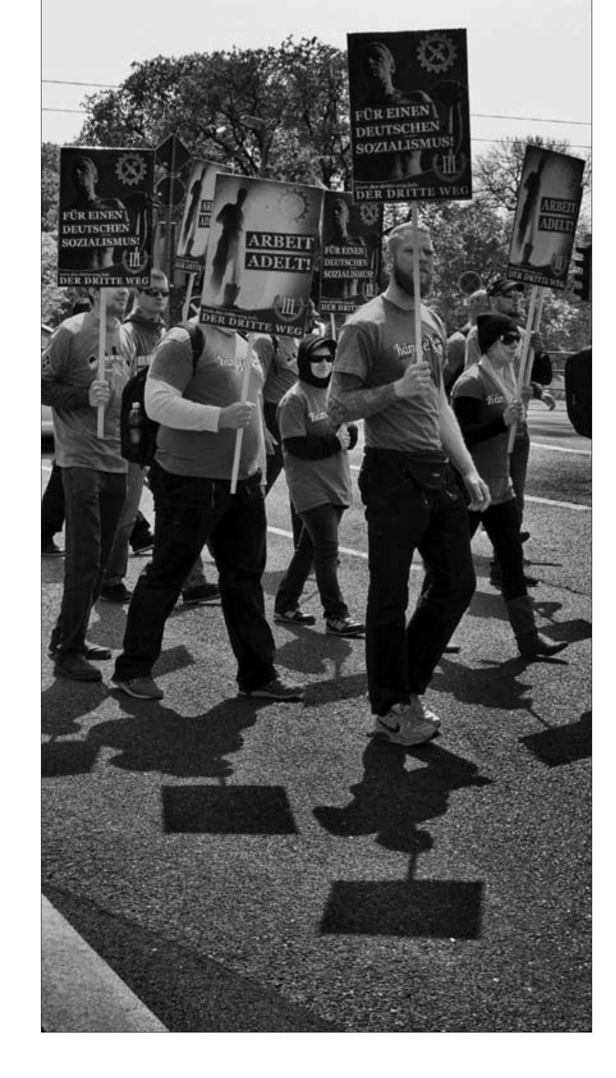
Am 30. Juli 2019 hat die Polizei in Sachsen-Anhalt, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Hausdurchsuchungen gegen mutmaßliche Mitglieder der extrem rechten Organisation »Wolfsbrigade« durchgeführt. Die Bundesstaatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Sechs Beschuldigte sollen der militanten Untergruppierung »Sturmbrigade« angehören. Festgenommen wurde niemand. Die Ermittler*innen gaben an, die Razzien dienten zur Klärung, ob die Neonazis über Waffen verfügten.

Raketenfund bei extremen Rechten

Rivanazzano Terme / Italien. Bei einer Razzia Mitte Juli 2019 bei Mitgliedern einer extrem rechten Gruppierung hat die italienische Polizei in einem Hangar mehrere Dutzend Waffen, Munition, NS-Devotionalien und eine Luft-Luft-Rakete beschlagnahmt. Drei Verdächtige wurden festgenommen, darunter der ehemalige Zollinspektor Fabio Del Bergiolo, der 2001 für die »Forza Nuova« für den Senat kandidiert hatte. Die Behörden sollen im Rahmen von Ermittlungen gegen italienische Neonazis, die in der Ukraine gekämpft haben und bei ihrer Rückkehr abgefangen worden waren, auf die Rakete aufmerksam geworden sein. Unklar ist bislang, wie die Rakete aus französischer Herstellung in den Besitz von Bergiolo kam.

Extrem rechte Organisation löst sich auf

Stockholm / Schweden. Die extrem rechte Organisation »Nordisk Ungdom« (»Nordische Jugend«, NU) hat sich am 2. August 2019 nach zehn Jahren aufgelöst. Die NU hatte ihren Ursprung in der Jugendorganisation der Partei der »Nationaldemokraten« (ND). Bei dem Gründungstreffen 2010 in Göteborg waren 30 Personen anwesend. Die NU orientierte sich zuletzt am Konzept des Ethnopluralismus und fiel mit medienwirksamen Aktionen weniger Aktivist*innen, ähnlich der »Identitären Bewegung«, auf. Gleichzeitig waren sie an zahlreichen gewalttätigen Übergriffen beteiligt, beispielsweise auf migrantische Jugendliche, linke Jugendorganisationen und an Aktionen wie einer versuchten Blockade des Pride-Marsches in Stockholm. Neben der Teilnahme an Konferenzen, Aktionen und Demonstrationen betrieben sie ein soziales Zentrum oder boten Kampfsporttraining und Outdoor-Aktivitäten an. Die Aktivist*innen, allen voran ihre Führungsfiguren Patrik Forsén und Frederik Hagberg, pflegten zahlreiche internationale Kontakte, unter anderem nach Deutschland, die Ukraine, Polen, Italien, Lettland und Ungarn. Die NU war Mitglied in der »Scandinavian Union« und bezeichnete sich selbst als »Spitze der skandinavischen Bewegung«.



#Zweckgemeinschaft

»Völkische Sekte«

Die militante Neonazi-Organisation »Der III. Weg« setzt auf das Parteienprivileg als Schutz vor einem Verbot und legales Dach für NS-Propaganda.

von Ernst Kovahl

Sogar die »New York Times« und die britische BBC berichteten. Der Aufmarsch der Neonazi-Organisation »Der III. Weg« am 1. Mai 2019 in Plauen sorgte weltweit für Schlagzeilen. Trommeln, einheitliche T-Shirts, strenge Formation und Volkstanz – das Auftreten erinnerte an den historischen Faschismus oder die Umzüge der NSDAP. Die Inszenierung war geglückt – wieder einmal.

»Der III. Weg« hat nur wenige hundert Mitglieder, verfügt trotz des Anspruchs Partei zu sein aber de facto über keine Repräsentanz in Parlamenten und die Wahlergebnisse liegen im Null-Komma-Null-Bereich. Schielen andere Parteien der Rechten auf Wahlkampfkostenerstattung zur Finanzierung ihrer Arbeit, ist das für die Neonazi-Sekte »Der III. Weg« höchstens ein ferner Traum. Die Organisation versteht sich als Kader-Organisation – und die Organisationsform als Partei scheint vor allem das Instrument zu sein, einem Verbot vorzubeugen, und ein legales Schutzdach für eine am NS orientierte Organisation zu sein.

»Über den Charakter des ‚III. Wegs' gibt es keine zwei Meinungen«, schreibt unser Autor Gerd Wiegel in unserem Schwerpunkt: Sie sei »eine Hundertprozent neonationalsozialistische Partei mit einer militanten Kaderstruktur und einer gewaltbereiten Anhängerschaft«. Hervorgegangen unter anderem aus dem 2014 verbotenen »Freien Netz Süd« haben ihre Kader gelernt, dass es für ihre politischen Ziele und Aktionen eine andere Struktur als die einer relativ leicht zu verbietenden »Kameradschaft« braucht. Offen wird mit NS-ähnlicher Symbolik – zum Beispiel Hammer und Schwert – hantiert, einschlägige Begriffe wie »Deutscher Sozialismus« verwendet und auch in ihren politischen Forderungen ist die ideologische Nähe zur NSDAP kaum verschleiert. Sven Kames beschreibt das im vorliegenden Heft: »Wofür ›Der III. Weg‹ ideologisch steht, spiegelt sich in der Symbolik, die von dieser Organisation verwendet wird. Form und Inhalt sind in Übereinstimmung – das Programm ist Nationalsozialismus in Reinform mit einer Schlagseite zu dessen nationalrevolutionärem Flügel.« Gewalt – auch am Rande von Aufmärschen – ist für die Partei »Der III. Weg« ein offenbar akzeptiertes Mittel, das schildert Felix M. Steiner in unserem Heft, auch wenn die Organisation sich bemüht, das als Selbstverteidigung zu tarnen. Zumindest zur Einschüchterung politischer Gegner*innen dient das martialische Auftreten.

»Der III. Weg« ist »in der Lage, seine Themen, Aktionen und Kampagnen strukturiert und kontinuierlich durchzuführen«, schreibt Thomas Maria Brettsteiner und ergänzt: »Das unterscheidet ihn in mancherlei Hinsicht von anderen Gruppen des Spektrums.« Ihm gelingt es, in verschiedenen Regionen aktionsfähig zu sein, militante Neonazis kontinuierlich zu organisieren und sich eigene Räume zu schaffen. Festzustellen ist zudem ein kontinuierliches Wachstum der Organisation und ihrer Mitgliederzahlen – laut den Behörden inzwischen 530 Mitglieder. Ihr elitärer Charakter stärkt die Struktur: »Mitunter macht es den Anschein, als würde sich eine völkische Sekte versammeln«, beschreibt Brettsteiner. Auch die internationalen Kontakte mit militanten Neonazis, die Jan Nowak analysiert, macht die Gefährlichkeit deutlich: »Sie können zur Nachahmung eines äußerst gewalttätigen Vorgehens motivieren und Möglichkeiten für terroristische Ausbildung, Beschaffung von Waffen und Einrichtung von Rückzugsräumen eröffnen.«

Andere Parteien der extremen Rechten, wie die NPD oder »Die Republikaner«, sind als Wahlparteien Geschichte. Stimmen für die Rechte sammelt heute die »Alternative für Deutschland« (AfD) ein – und zwar strömungsübergreifend. Für die NPD, die bis vor wenigen Jahren noch in Landtagen saß und bis heute eine gewisse, wenn auch überschaubare und schrumpfende Präsenz in Kommunen besaß, bedeutet das einen Bedeutungsverlust. Ihrer Strategie, sowohl in den Parlamenten als auch auf der Straße zu wirken, wurde ein zentrales Standbein weggetreten – politisch wie finanziell. Für die Konkurrenzpartei »Der III. Weg« ist das offenbar kein Problem – ihr Statuts als Partei dient lediglich als Schutz, doch der ist löchrig. Denn in Sachsen wurde sie in diesem Jahr nicht zur Landtagswahl zugelassen, da ihr die notwendigen Parteistrukturen fehlen würden. Würde sich diese Auffassung durchsetzen, könnte ein Verbot mittelfristig Chancen haben. Doch solche Bemühungen werden unterminiert. So hatten 2018 CSU und Grüne im Bayerischen Landtag dafür gesorgt, dass die Staatsregierung ein Verbot der Organisation prüfen solle. Doch die Antwort des zuständigen Bundesministeriums des Inneren (BMI) war eindeutig: Es erkennt in der Organisation »Der III. Weg« weiterhin eine Partei, die zur Zeit nicht verboten werden könne. Dabei zeigt ein Blick auf frühere Verbote von Organisationen, die sich als Parteien schützen wollen, dass es sich das BMI bei seiner Einschätzung entweder zu leicht gemacht oder kein Interesse an einem Verbot hat.



#Überzeugungstäter

Der radikalste Weg

Ihre Aufmärsche inszeniert sie wie eine Sekte. Um Mitglied zu werden, muss man sich zunächst bewähren. Doch warum das Ganze? Die Splitterpartei »Der III. Weg« im Portrait.

von Thomas Maria Brettsteiner

In letzter Zeit hat sich in der Debatte der Begriff einer »Mosaikrechten« etabliert. Ein Mosaik besteht aus Einzelteilen, die jeweils für sich wirken und zusammen ein Gesamtbild ergeben. Man kann auch den Begriff der »Mischszene« verwenden. In der Tat hat sich in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren eine breite, in sich zwar fragmentierte, aber oft gemeinsam agierende rechte Protestbewegung herausgebildet, die gelegentlich auch als »Mischszene« bezeichnet wird. Bisherige klare Abgrenzungen scheinen zu verschwimmen. Denn bei allen auszumachenden Unterschieden in Strategie und Taktik, aber auch in der grundsätzlichen Ausrichtung und Zielstellung gibt es einige Themen, die diese »Mosaikrechte« von der »Alternative für Deutschland« (AfD) über sogenannte »Bürgerbewegungen«, diverse Medienprojekte bis hin zu Organisationen des klassischen Neonazismus verbindet: Der Kampf gegen Einwanderung, »Islamisierung« und »Multikulti«, gegen »Genderwahn«, »Frühsexualisierung« und »Homoehe« sowie die Abwehr des drohenden »Volkstodes«. »Der III. Weg« bildet neben unabhängigen Kameradschaften, der ebenfalls vergleichsweise jungen Partei »Die Rechte« und der traditionellen NPD, den radikalen, offen neonationalsozialistischen Flügel. Gleichzeitig ist »Der III. Weg« augenscheinlich in der Lage, seine Themen, Aktionen und Kampagnen strukturiert und kontinuierlich durchzuführen. Das unterscheidet ihn in mancherlei Hinsicht von anderen Gruppen des Spektrums.

Trotz gelegentlich gemeinsamer Aktivitäten grenzt sich »Der III. Weg« von der Partei »Die Rechte« ab, schon weil diese ihm im Auftreten nicht seriös genug erscheint. Persönliche Animositäten aus gemeinsamer Vergangenheit mögen im Einzelfall hinzukommen. Denn beide Projekte entstanden vorwiegend aus der Szene der sogenannten »Freien Kameradschaften«.

Revival der Parteistrukturen

Möglich wurde der Rückfall in diese Organisationsform durch Änderungen in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, die nach Ansicht vieler Jurist*innen ein Verbot des »III. Weges« auf der Basis des Vereinsrechtes, analog zum Verbot der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« 1995, nicht mehr ermöglicht. Mehrfach trat die Partei schon zu Wahlen an, zuletzt bei der Europawahl 2019. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen im sächsischen Plauen erhielt der langjährige bayerische NS-Aktivist und jetzige »Der III. Weg«-Kader Tony Gentsch mit 3,9 Prozent Wählerstimmen ein Mandat im Stadtrat, er sitzt auch im Kreistag des Landkreises Vogtland.
Gegründet im September 2013 als Rechtsabspaltung der rheinland-pfälzischen NPD – Parteichef ist seit 2013 der frühere stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Klaus Armstroff – und zur Umgehung eines zuvor lang angekündigten Verbotes des Kameradschaftsverbundes »Freies Netz Süd« in Bayern trommelt »Der III. Weg« landauf und

landab für den »Deutschen Sozialismus«. Schon dieser Begriff und auch die verwendete Symbolik von Hammer und Schwert verweisen auf die vorgeblich revolutionäre Tradition eines sogenannten »linken Flügels« innerhalb des Nationalsozialismus. Damit berufen sie sich offensichtlich auf NS-Protagonisten wie die Gebrüder Strasser, die programmatisch in Opposition zu Adolf Hitler standen und nach 1945 Ideengeber waren für Neonazis und andere Rechte. Dementsprechend will »Der III. Weg« auch konsequent revolutionär auftreten:
»Unsere nationalrevolutionäre Bewegung (muss) vom ersten bis zum letzten Tag stets eine Bewegung von radikalen, politischen Revolutionären sein«, heißt es in einer aktuellen Veröffentlichung. Weltanschaulich-ideologisch ist die Partei klar nationalsozialistisch ausgerichtet. Theatralisch inszenierte Heldengedenkfeiern, wie seit Jahren im fränkischen Wunsiedel praktiziert, gehören zum propagandistischen Standardrepertoire; ebenso die Aufmärsche zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens. Gleichwohl werden auch die üblichen Themen der rechten »Mischszene« bespielt. Vor allem in der Spitze der flüchtlingsfeindlichen Massenproteste 2015 versuchte sich »Der III. Weg« mit der Kampagne »Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft« als Sprachrohr für »besorgte Bürger« mit entsprechenden Materialien. In Chemnitz marschierten Parteiaktivist*innen Seite an Seite mit AfD & Co. Aber »Der III. Weg« will auch eigene Akzente setzen. Auffällig sind bundesweit zahlreiche Störaktionen, die sich, wie am 28. Juli 2019 in Siegen und am 24. August 2019 in Erfurt, unter dem Motto »Familien schützen! Homo-Propaganda stoppen!« gegen regionale CSD-Paraden richteten.

Zwischen Wahl- und Kaderpartei

Was aber ist das Besondere an der Partei »Der III. Weg«? Zunächst versteht sie sich als elitär und ist gar nicht an einem schnellen Massenzulauf interessiert. Zwar freut sich die Partei, wenn sich ihren Aufmärschen auch ganz »normale« Bürger*innen anschließen, doch die Mitgliedschaft soll offenbar kontrolliert wachsen. Beitreten kann man nur als Fördermitglied, das sich bewähren kann: »Bei einer Übereinstimmung des idealistischen Fördermitglieds mit unserem Selbstverständnis, sowie einer aktiven Teilnahme am Parteigeschehen steht einer Mitgliedschaft freilich nichts im Wege«.
In der Presse wird oft von einer »Kleinstpartei« gesprochen. Das trifft in Bezug auf die Promille-Ergebnisse bei den letzten Bundestags- oder Europawahlen grundsätzlich zu, verdeckt aber die dynamische Organisationsentwicklung: Denn bei genauerem Hinsehen ist eine kontinuierliche Mitgliederzunahme und ein vergleichsweise rasches Wachstum der Strukturen erkennbar. Dabei hat es die Partei mittlerweile bundesweit geschafft – glaubt man den Angaben der Verfassungsschutz-Behörden –, gegenwärtig (Stand: 2018) in 20 Stützpunkten beziehungsweise drei Gebietsverbänden 530 Anhänger*innen zu organisieren (2014: 200; 2015: 300; 2016: 350; 2017: 500). Das sind durchaus beachtliche Zuwächse.
Beachtlich ist auch die umfangreiche Internetpräsenz, die im Vergleich zu anderen Webseiten der Szene stets aktuell ist. Hier berichtet die Organisation über ihren Austausch mit faschistischen und neonazistischen Gruppierungen und Parteien in mehreren europäischen Staaten. Diese transnationale Zusammenarbeit zeigte sich in der Teilnahme an Aufmärschen etwa in der Ukraine, mutmaßlich dort auch in der Beteiligung an Kampfeinsätzen der ultranationalistischen »Asow«-Einheiten im Bürgerkrieg im Donez-Becken. Mit der neofaschistischen »Goldenen Morgenröte« in Griechenland steht »Der III. Weg« ebenso im Austausch, es wurde eine Solidaritätskampagne gegen ein drohendes Verbot initiiert. An »Der III. Weg«-Veranstaltungen nahmen auch Aktivisten der in ganz Skandinavien operierenden »Nordischen Widerstandsbewegung« oder der verbotenen britischen Splittergruppe »National Action« teil (s. drr Nr. 176). Auf der Webseite der Partei erscheinen immer wieder Interviews mit Repräsentanten ausländischer Organisationen, zuletzt sogar mit japanischen Faschisten.
Ihre hiesigen Aufmärsche – vor allem in Sachsen – gestaltet sie martialisch mit Fackeln, Fahnen und uniformartiger Kleidung. Das wirkt – je nach Auge des Betrachters – imposant, furchteinflößend oder aber lächerlich. Auf jeden Fall sind die Veranstaltungen streng choreografiert und werden diszipliniert umgesetzt. Mitunter macht es den Anschein, als würde sich eine völkische Sekte versammeln.
Mehrfach mobilisierte »Der III. Weg« in den vergangenen Jahren hunderte Anhänger*innen am 1. Mai zum nationalistischen »Arbeiterkampftag«. Damit scheint die NPD beerbt zu werden, deren vergangene 1. Mai-Demonstrationen vergleichsweise kläglich ausfielen.
Regelmäßig berichtet die Partei von Flugblattverteilaktionen, wobei sie offenbar gezielt in kleineren Städten im ländlichen Raum agitiert. Dort wo »Der III. Weg« präsent ist, versucht er sich mit Kinderfesten, Wanderungen, dem Säubern von Weltkriegsgedenksteinen und ähnlichen Aktionen zu verankern und Mitglieder und Anhänger*innen einzubinden.

Politischer Arm der militanten Bewegung

Die Führungskader treten offen unter ihrem Namen auf und verfügen zum Teil über langjährige Erfahrungen in der militanten NS-Szene der Bundesrepublik. Auch sind personelle Bezüge zu rechtsterroristischen Gruppen der Vergangenheit und militanten Netzwerken klar erkennbar. Auf Demonstrationen beteiligen sich zum Beispiel verurteilte Rechtsterroristen wie Thomas Schatt und Martin Wiese, oder es traten Redner wie Karl-Heinz Statzberger auf. Dieser begleitete während des NSU-Prozesses in München den angeklagten André Eminger wiederholt zu den Verhandlungsterminen. Dessen Bruder Maik Eminger wiederum trat des Öfteren als Redner bei »Der III. Weg«-Kundgebungen in Brandenburg in Erscheinung.
»Die Grenze zwischen legalem und illegalem Kampf ist fließend«, hieß es bereits in der um 1989 verfassten strategischen Konzeption »Eine Bewegung in Waffen«. Vielleicht ist »Der III. Weg« genau diese legale Plattform, von der aus in verschiedene Richtungen und über Ländergrenzen hinweg operiert wird? Man darf gespannt sein, ob und wenn ja, wann sich die Sicherheitsbehörden verstärkt dem »III. Weg« widmen werden. Denn bisher betonen nur Journalist*innen und antifaschistische Initiativen die immense Gefahr, die von dieser Partei ausgeht.

#Erfurt

Neue Partei, alte Bekannte: »Der III. Weg«

In Erfurt trat die Partei »Der III. Weg« zu einer von bundesweit vier Kommunalwahlen an. Die Parteimitglieder und –anhänger*innen nutzen für ihre Verankerung die Graswurzelarbeit vor Ort. Doch hinter den neuen »Kümmerern« stecken altbekannte Neonazis aus Erfurt und Umgebung.

von Kai Budler

Seit Ende 2018 treiben Mitglieder und Anhänger*innen der Partei »Der III. Weg« ihr Unwesen in Erfurt. Obwohl die Partei in Thüringen mit »Thüringer Wald« und »Ostthüringen« lediglich zwei »Stützpunkte« aufführt, haben sich die Aktivitäten in der Landeshauptstadt stark erhöht. Dies liegt vor allem am Austritt des langjährig aktiven Neonazis Enrico Biczysko aus der Partei »Die Rechte« (DR). Mit dem gelernten Monteur war Ende 2017 der gesamte DR-Landesvorstand zurückgetreten und hatte an dem Vorhaben weitergearbeitet, das Michel Fischer als damaliger stellvertretender DR-Landesvorsitzender bereits 2016 formuliert hatte: die Graswurzelarbeit vor Ort. Dafür konnten die Neonazis auf den 2015 gegründeten extrem rechten Verein »Volksgemeinschaft« und seine Räumlichkeiten im Erfurter Stadtteil Herrenberg zurückgreifen, als dessen stellvertretende Vorsitzende zu diesem Zeitpunkt Biczyskos Lebensgefährtin agierte. So fiel es den Neonazis um Biczysko und Fischer leicht, ihre begonnene Arbeit in den mehrere hundert Quadratmeter umfassenden Räumlichkeiten fortzusetzen. Daran änderte ein Verbot der Stadt Erfurt wenig, welche die Nutzung der Vereinsräumlichkeiten für öffentliche Veranstaltungen untersagte. Auch die Einschätzung des Thüringer Verfassungsschutzes, »infolge der Nutzungsuntersagung (haben) die Vereinsräume als szeneinterne Anlaufstelle an Bedeutung verloren«, erwies sich als falsch.

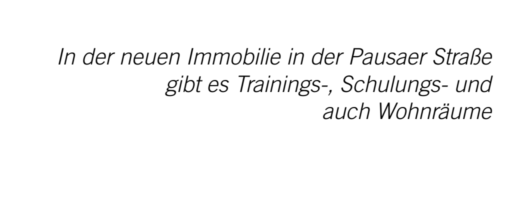
Spätestens seit April 2018 nutzt nun auch der »Gebietsverband Mitte« von »Der III. Weg« die Räumlichkeiten für Veranstaltungen, als dort eine Mobilisierungsveranstaltung der Partei für einen Aufmarsch in Chemnitz mit einem Konzert des Neonazis Michael Regener stattfand. In den als »Nationalrevolutionäres Zentrum« umbenannten Räumen folgten Parteivorstellungen, Rechtsschulungen und andere Veranstaltungen mit teils bundesweiter Beteiligung. Neben Büro und Materiallager der Partei dienen die Räumlichkeiten auch als Kleiderkammer. Darüber hinaus bietet dort die »Arbeitsgemeinschaft Körper & Geist« von »Der III. Weg« drei Mal in der Woche Kampfsporttraining an, auch Kinder und Jugendliche werden dort trainiert. Statt des Graffitis »Volksgemeinschaft« prangen nun die Parteisymbole von »Der III. Weg« an der grauen Waschbeton-Außenfassade. Es folgten Kundgebungen und ein Aufmarsch unter dem Motto »Erfurt retten. Ab in den Widerstand«, eine »Kleiderausgabe für bedürftige Deutsche«, »Tage der Gemeinschaft« und Veranstaltungen außerhalb des Viertels mit wenig Resonanz. Ende 2018 hatte Biczysko angekündigt, er wolle seine »politische Arbeit innerhalb und außerhalb des Stadtrates (…) voll und ganz für die politischen Ziele der Partei ‹Der. III. Weg› widmen« und warnte, »dass mit der nächsten Stadtratssitzung ein ganz neuer Wind wehen« würde.

Ein neuer Wind weht dort tatsächlich, denn nach der Wahl im Mai 2019 hat der Neonazi seinen 2014 für die NPD gewonnenen Sitz im Stadtrat verloren. Neben der fünfköpfigen Liste für die Stadtratswahl traten in drei Ortsteilen im südöstlichen Erfurt sechs teils deckungsgleiche Kandidat*innen für Ortsteilratswahlen und eine Ortsteilbürgermeisterwahl an. Dabei erzielte die 1977 geborene Doreen Lukei 37,3 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Ortsteilbürgermeisterwahl im Ortsteil Herrenberg. Sie errang einen Sitz im Ortsteilrat Herrenberg, Biczysko zog mit 931 Stimmen als Nachrücker in den Ortsteilrat Melchendorf ein, nachdem ein gewählter Vertreter sein Mandat nieder gelegt hatte. Die Konzentration auf die drei Ortsteile spiegelt auch den hauptsächlichen Aktionsradius von »Der III. Weg« in Erfurt wider. »Es bleibt festzuhalten: ‹Der III. Weg› verankert sich weiter auf dem Herrenberg in Erfurt Süd-Ost«, erklärte Ende Mai Fischer als Erfurter Wahlkampfleiter der Partei. Herzstück des Ankers ist das »Nationalrevolutionäre Zentrum« im Erfurter Südosten, mit dem es aber schon bald vorbei sein kann, denn der Mietvertrag für die Räumlichkeiten läuft im September 2020 aus. In den Startlöchern steht bereits jetzt eine Genossenschaft, die den ansonsten leerstehenden Gebäudekomplex für altersgerechtes Wohnen umbauen lassen will. Nach Angaben eines Sprechers liege schon ein unterschriftsreifer Entwurf des Kaufvertrages für das Grundstück mit dem Gebäudekomplex vor. Auch Biczysko reagierte bereits auf die drohende Obdachlosigkeit der Neonazi-Strukturen und fragte in sozialen Netzwerken besorgt: »Verkauft jemand zufällig in Erfurt eine Gewerbehalle an privat?«



Der Treffpunkt von »Der III. Weg« in Erfurt





In der neuen Immobilie in der Pausaer Straße gibt es Trainings-, Schulungs- und auch Wohnräume

#Vogtland

Kümmerer in Plauen

In kaum einer Stadt konnte sich »Der III. Weg« so erfolgreich etablieren wie im sächsischen Plauen. Mit einem eigenen »Partei- und Bürgerbüro« als sicherem Rückzugsraum finden die Neonazis dort ideale Bedingungen vor, um ihre politischen Kampagnen zu koordinieren und öffentliche Aktionen durchzuführen.

von Johannes Hartl

Am 26. Mai 2019 erzielte die Neonazi-Partei »Der III. Weg« in Plauen ihren bisher größten Erfolg. Denn bei der Kommunalwahl in Sachsen wurde deren Führungskader Tony Gentsch, der als Spitzenkandidat auf der Liste angetreten war und direkt 1.911 Stimmen erhielt, mit einem Partei-Gesamtergebnis von 3,85 Prozent nicht nur in den Stadtrat gewählt. Mit 1,7 Prozent gelang dem Neonazi auch der Einzug in den Kreistag des Vogtlandkreises. Rechnet man die Stimmen zusammen, die für beide Gremien abgegeben wurden, erzielte die militante Neonazi-Partei im Landkreis insgesamt 8.737 Stimmen.
Dieses Ergebnis hatte überregional für einiges Aufsehen gesorgt, es kommt aber keineswegs aus heiterem Himmel. Es ist vielmehr das Resultat einer gezielten politischen Kampagne, mit der »Der III. Weg« seit mehreren Jahren in der Region agiert.

»Schaffung nationaler Freiräume«

Bereits am 7. Januar 2017 eröffnete die Partei in der Lange Straße 5 – laut eigenen Angaben – ihr bundesweit erstes »Partei- und Bürgerbüro«. Zur Einweihung gab sich damals fast die gesamte Führungsriege die Klinke in die Hand, darunter der Parteivorsitzende Klaus Armstroff und der vorbestrafte Führungskader Matthias Fischer, der derzeit den »Gebietsverband Mitte« leitet. »Eigene Räumlichkeiten für die politische Arbeit und die Festigung der Gemeinschaft stellen das Fundament unserer Partei dar«, hatte Fischer in jenem Januar in seiner Rede erklärt. »Nicht der einseitige Versuch, ausschließlich bei Wahlen ein gutes Ergebnis zu erhaschen, darf uns antreiben, sondern vor allem die Schaffung nationaler Freiräume und die Etablierung vieler Räumlichkeiten, in denen sich die gesamte deutsche Familie wiederfinden kann.« Schon damals machten die Neonazis keinen Hehl daraus, welche Funktion die Immobilie einnehmen soll. Sie räumten ihre Strategie sogar relativ offen ein: Der spätere Kommunalpolitiker Tony Gentsch, der zwischen 2011 und 2013 in Bayern wegen Körperverletzung und Beleidigung eine 26-monatige Haftstrafe absaß, kündigte eine »monatliche Volksküche« und einen »offenen Jugendabend« an. Zudem werde die rassistische Kampagne »Deutsche Winterhilfe« in der Immobilie einen festen Platz finden. Diese Aktion steht in klarer Tradition des nationalsozialistischen »Winterhilfswerk des Deutschen Volkes« und hat sich zum Ziel gesetzt, Spenden an ausschließlich deutsche Bedürftige zu verteilen.

Dreh- und Angelpunkt im Vogtland

Inzwischen ist die Immobilie als Dreh- und Angelpunkt für alle wesentlichen Aktivitäten im Vogtland fest etabliert. Für »Der III. Weg« birgt das gleich zwei Vorteile: In erster Linie bietet das »Partei- und Bürgerbüro« – so wie alle neonazistischen Immobilien – einen sicheren Rückzugsraum. Dort können Aktionen geplant, koordiniert und nachbereitet werden, ohne die Gefahr, kurzfristig wieder rausgeworfen, gestört oder beobachtet zu werden. Es steht immer und ohne Einschränkungen für interne Veranstaltungen zur Verfügung.
Als »Bürgerbüro« erfüllt das Objekt im Stadtteil Haselbrunn auch eine öffentliche Funktion. Gezielt nutzt die Partei ihre Immobilie für die Inszenierung als Kümmerer, als die angeblich einzige politische Kraft, die sich noch für die Interessen des vermeintlichen Volkes einsetzt. Aus diesem Habitus heraus führt der örtliche »Stützpunkt Vogtland« mittlerweile eine enorme Vielzahl an sozialen Kampagnen durch.
Das Spektrum der Angebote ist breit gefächert und deckt fast alle Altersgruppen und verschiedene Bedürfnisse ab. Neben einer Haus-



Das Parteibüro in der Pausaer Straße

aufgabenbetreuung und einer Schultüten-Ausgabe werden auch Kleiderspenden verteilt, Geschenkaktionen zu Weihnachten oder eine »Volksküche« organisiert, bei der Essen an Bedürftige abgegeben wird. Selbst Kampfsporttraining für Frauen und Kinder sowie ein eigener Jugendtreff gehören ebenso zum Repertoire wie eine Bürgersprechstunde und eine Art Kleiderkammer, bei der Spender*innen im Parteibüro ihre Sachen abgeben können. Im Internet wird über diese Aktionen stets ausgiebig informiert und beinahe euphorisch darüber berichtet.

Demokratische Akteur*innen werden diskreditiert

Dahinter steht jeweils das Ziel, demokratische Akteur*innen zu diskreditieren und auf deren Rücken für sich zu werben. In fast allen Berichten, die über die Kampagnen auf der Website erscheinen, werden die Texte mit Anklagen gegen die »etablierten Parteien« verbunden. Auch die Neonazis selbst machen kein Geheimnis aus dieser Absicht. Im parteieigenen Podcast »Fraktur gesprochen«, der sich in seiner 63. Ausgabe den Räumlichkeiten in Plauen und deren Bedeutung widmet, hat Gentsch es eindeutig formuliert: »Und das ist ganz klar auch ein Signal, was wir hier den Leuten mitgeben, was wir auch nach außen geben: Dass es eine Schande ist für sämtliche Verantwortlichen in diesem Land, sprich die Politiker der Altparteien, wie hier Milliarden jedes Jahr für die ganze Welt, für fremde Interessen aus dem Fenster geschleudert werden. Und das eigene Volk wird immer ärmer.«

Es ist zwar unklar, wie viele Menschen tatsächlich auf das Angebot zurückgreifen. Die Eigenangaben der Partei, die regelmäßig von einer hohen Nutzung berichtet, müssen zweifellos kritisch hinterfragt und dürfen nicht ohne weiteres übernommen werden. Aber anhand unabhängiger Medienberichte und Beobachtungen wird durchaus deutlich, dass das Angebot angenommen wird und Teile der Plauener Bevölkerung den DIIIW wissentlich unterstützen, ohne sich weiter an dessen Programmatik zu stören. Das »Bürgerbüro« ist insoweit ein Vehikel, um unter dem Deckmantel des »Kümmerers« niederschwellig weitere rechtsaffine Wähler*innenschichten zu erschließen und etwaige Berührungsängste abzubauen.

Kontrolle des öffentlichen Raums

Dabei geht es der Partei gar nicht vorrangig darum , Wähler*innen oder neue Mitglieder zu gewinnen. »Der III. Weg« ist seit jeher als klassische Kaderpartei organisiert. Seine Mitglieder verstehen sich als verschworene Elite innerhalb der Neonazi-Szene, auch in deutlicher Abgrenzung zu anderen Parteien der extremen Rechten. Sie wollen bewusst ein geschlossener Zirkel bleiben; sie zielen also nicht primär auf eine Steigerung der Mitgliederzahlen. »Wir wollen kein Sammelbecken für Selbstdarsteller und Egozentriker sein und ebenso wenig liegt uns daran, in innere Richtungsstreits zu verfallen«, heißt es auf deren Website. So kann man der Partei zum Beispiel nicht einfach beitreten: Potenzielle Mitglieder müssen sich stattdessen erst einmal in einer »Fördermitgliedschaft« bewähren, bevor diese in eine normale Mitgliedschaft umgewandelt werden kann.

Tatsächlich zielt »Der III. Weg« mit seinen Immobilien eher auf eine Kontrolle des öffentlichen Raums. Es geht um Präsenz und in letzter Konsequenz um die Schaffung neonazistischer Hegemonie im kleinen Raum. Das würde in der Praxis ein erhebliches Unsicherheitsgefühl und eine teils konkrete Gefahr für Flüchtlinge und Migrant*innen, für sämtliche politischen Gegner*innen sowie all jene bedeuten, die nicht ins Weltbild der Szene passen. In der Rede des Parteivorsitzenden Klaus Armstroff, die er anlässlich der Eröffnung in Plauen hielt, klang dieser Hintergedanke bereits an: »Unsere Partei ist eine Partei der Tat, in unserem Mittelpunkt steht die Gemeinschaft der Deutschen, und mit diesem Parteibüro setzen wir das erste Bollwerk in dieser antideutschen Zeit.«

In Plauen ist diese Strategie jedenfalls teilweise aufgegangen. Mehr als zwei Jahre nach der Eröffnung des »Partei- und Bürgerbüros« konnten sich die Neonazis um Gentsch, der früher in Bayern dem verbotenen »Freien Netz Süd« angehörte, weitgehend ungestört etablieren. Die Kommunalpolitik begegnet den Neonazis häufig mit allzu viel Toleranz. Gegenüber »Spiegel Online« erklärte der damalige und heutige Oberbürgermeister Ralf Obendorfer gar lapidar, dass »Der III. Weg« in der »Demokratie legitimiert« sei – eben, weil es sich um keine verbotene Partei handle.

Neonazistische Gegenkultur

Kein Wunder, dass »Der III. Weg« die sächsische Stadt als bundesweites Vorbild sieht, gewissermaßen als ein Leuchtturmprojekt, das in andere Regionen wirken soll. Die »Bewegung« gehöre »fest zum Alltag der Vogtlandstadt und ist aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken«, hieß es selbstbewusst auf der Parteiwebsite, als dort der Mobilisierungstext für die diesjährige 1. Mai-Demonstration in Plauen veröffentlicht wurde. »Hier leben wir bereits im Kleinen das, was wir einmal für ganz Deutschland anstreben. Das heißt: Gemeinschaft aller Deutschen, ohne Abgrenzung nach Berufsgruppen oder Einkommensschichten, soziale Hilfe für all jene, die sie wirklich verdienen, und das Leben der eigenen Kultur. Diese lebendige, vorbildhafte Gegenkultur, die sich in Plauen dank der unermüdlichen Arbeit unserer Aktivisten gebildet hat, ist unsere größte Waffe in diesem Kampf.« Aus diesen Sätzen spricht eine gewisse Überhöhung der eigenen Aktivitäten und der realen politischen Bedeutung, welche die Partei in der sächsischen Stadt einnimmt. Es ist dieselbe Übertreibung, mit der mitunter kleine Proteste zu heroischen Aktionen hochgeschrieben werden. Tatsache ist freilich auch, dass »Der III. Weg« sich in relativ kurzer Zeit in Plauen besser etablieren konnte als in jeder anderen Stadt. Diese Verankerung geschah maßgeblich durch die sozialen Kampagnen, die Türen geöffnet und ein Unterstützer*innenumfeld erschlossen haben, das über die Parteigrenzen hinaus reicht.

Nur auf dieser Basis wurde es überhaupt möglich, dass Tony Gentsch künftig die Kommunalpolitik in Plauen beziehungsweise im Vogtlandkreis aktiv mitgestalten kann. Für »Der III. Weg« wiederum bringt das ganz neue Möglichkeiten, die politischen Aktivitäten und die bisherige öffentliche Präsenz langfristig deutlich auszuweiten.

#violence

Zwischen Kampfsport und Demo

Aufmärsche in NS-Tradition, Kampfsport und Gewalt sind für die Organisation »Der III. Weg« politische Instrumente.

von Felix M. Steiner

Der 1. Mai 2019 in Plauen: Rund 500 Neonazis sind in die Stadt im sächsischen Vogtland gekommen, um am jährlichen Aufmarsch der Neonazi-Organisation »Der III. Weg« teilzunehmen. Bundesweit ist die Stadt mit ihren rund 70.000 Einwohner*innen ein Zentrum der Kleinstpartei, hier hat sie Zugriff auf mehrere Immobilien. In der ganzen Stadt hängen Wahlplakate, darunter auch das mit der Parole, die bundesweit für Aufsehen sorgte: »Reserviert für Volksverräter.« An einen Laternenmast gehängt spielt das Plakat mit der Assoziation, politische Gegner*innen aufknüpfen zu wollen.

Ausschreitungen

Trotz des Heimspiels für die Partei am 1. Mai in Plauen sank die Teilnehmer*innenzahl auch in diesem Jahr. Noch vor fünf Jahren konnten die Strukturen rund um »Der III. Weg« bis zu 1.000 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik mobilisieren, 2019 kam nur noch die Hälfte. Das dürfte am bundesweiten Bedeutungsverlust der Aktionsform »Demonstration« für die extreme Rechte, aber auch an einem Streit in der Szene liegen. Denn genau drei Jahre zuvor war es in Plauen zu heftigen Ausschreitungen zwischen Neonazis und der Polizei gekommen. Beteiligt daran waren vor allem Strukturen der »Antikapitalistischen Kollektive«. Die Auseinandersetzungen hatten dafür gesorgt, dass die gewünschte Inszenierung der Partei »Der III. Weg« als straff organisierte Kaderorganisation nicht aufging und damit nachhaltig Streit und Spaltung in der Szene mit sich brachte.

Neonazi-Elite?

Tony Gentsch, einer der zentralen Funktionäre der Partei, teilte bei einer Rede im Oktober 2016 aus: »Ja, wenn ich sehe, wer sich in diesem Lager alles als national betitelt, dann können wir über so eine Aussage uns gegenüber nur froh sein, denn mit solchen Leuten wollen wir gar nicht gemeinsam auf der Straße stehen und schon gar nicht in Verbindung gebracht werden.« Außerdem demonstriere man nicht, um »mit irgendwelchen Halbstarken ‹Antifa Hurensöhne› zu schreien«, sagte Gentsch in seiner Rede. Dieser Versuch, sich als disziplinierte nationalistische Elite zu inszenieren, führte auch 2017 wieder zu heftigen Auseinandersetzungen in der Szene. So hatte die Partei nach dem RechtsRock-Großevent in Themar (Thüringen) einen Text veröffentlicht, in dem es hieß: »Was sich am Ende jedoch dargeboten hat, muss jeden halbwegs intelligenten Menschen mit einem Schaudern erfüllt haben. In Themar (…) hat sich nicht der nationale Widerstand versammelt, sondern eine Menschenmasse an Szenegängern, die zum überwiegenden Teil mehr mit der profanen BRD Gesellschaft etwas gemein haben, als mit aufrichtigen Deutschen, die eine Weltanschauung vertreten.«

Solche Äußerungen der Partei dürften zu einem Verlust an Mobilisierungsfähigkeit geführt haben. Trotzdem habe man mit der Demonstration am 1. Mai 2019 »erneut neue Maßstäbe« gesetzt, verkündete die Partei »Der III. Weg« in ihrer Nachbetrachtung. Als großen Erfolg verstehen die Neonazis, dass einzelne Videos des Aufmarschs auch von internationalen Medien, unter anderem der »New York Times«, verbreitet worden waren und sie »nichts Negatives am Ablauf und der völlig disziplinierten Außenwirkung zeigen« konnten. Diese Einschätzung verkennt zwar völlig den eigentlichen Grund der großen Aufmerksamkeit für den Mini-Aufmarsch – viele Beobachter*innen hielten ihn in seiner Optik und Inszenierung schlicht für einen NS-Abklatsch –, zeigt aber auch den strategischen Blick der Partei auf ihre öffentlichen Aktionen. Dies wurde ebenso am Rahmenprogramm der Demonstration deutlich, das unter anderem eine Volkstanzvorführung zeigte. Viele der umstehenden männlichen Neonazis konnten sich beim Anblick dieser absurden Darbietung ein schamhaftes Lachen kaum verkneifen – Geschichte als Farce.

»Stärke und Geschlossenheit«

Dabei agiert »Der III. Weg« auf dem strategischen Stand der Neonazi-Szene von vor rund 20 Jahren. In einem internen Handbuch für Aktivist*innen bezeichnet die Partei Aufmärsche als »ein Mittel im politischen Kampf«, mit dem man die »mediale Schweigespirale« durchbrechen wolle. Zur Außenwirkung heißt es dort: »Durch Bilder unserer Demonstration, Nennung des Mottos oder Zitate werden unsere Botschaften mittelbar an den Bürger transportiert.« Aber auch für die Szene sollen sie ihren Zweck erfüllen: »Nach innen verstärken wir das Gefühl der Stärke und Geschlossenheit.« Wie die Forschungen des Politikwissenschaftlers Fabian Virchow zur Demonstrationspolitik der extremen Rechten zeigen, dürfte die Wirkung einer Demonstration für die Szene nach innen deutlich wichtiger sein als die seit Jahren völlig überbewertete Außenwirkung mit den immer wieder gleichen behaupteten Erfolgen der rechten Propaganda.

Deutlich mehr Arbeit als viele andere Neonazi-Organisationen steckt »Der III. Weg« in die mediale Aufbereitung – oder vielmehr – mediale Konstruktion des Bildes, das die Partei von sich selbst zeichnet. »Die Nachbereitung einer Aktion (…) ist elementar. (…) Zur Nachbereitung gehören auch aussagekräftige und möglichst gute Bilder sowie ein ansprechender Text«, gibt die Partei ihren Aktivist*innen als Empfehlung an die Hand. Dabei setzt sie auf wenige Aktionen, versucht dann für diese aber möglichst viele ihrer Aktivist*innen zu mobilisieren. Neben der jährlichen Mai-Demonstration sind es vor allem geschichtsrevisionistische Aufmärsche, die in den letzten Jahren in Wunsiedel oder Nordhausen stattfanden und die klassischen NS-Bezüge aufweisen. Beide Arten von Demonstrationen werden von der Partei meist einige Monate vorher mit einer Kampagne eingeleitet und dann mit relativ intensiver eigener Berichterstattung nachbereitet. Diese Demonstrationspolitik zeigt deutlich, dass zentrale Kader der Partei aus der Szene der »Kameradschaften« rund um das verbotene »Freie Netz Süd« stammen und die dort verfolgten Wege in weiten Teilen fortsetzen.



Kampfsport

Neben den Demonstrationen ist »Der III. Weg« auch im Bereich Kampfsport aktiv. Zum einen befinden sich unter den Aktivist*innen zahlreiche Personen, die seit Jahren selbst trainieren und auch bei Neonazi-Events anwesend sind. Dazu gehört beispielsweise Kai Zimmermann, der 2018 beim »Kampf der Nibelungen« antrat und gewann. Neben diesen personellen Anknüpfungspunkten bietet die Partei an verschiedenen ihrer »Stützpunkte« Kampfsport auch für Außenstehende an. Sowohl in Bayern, als auch in Plauen oder Erfurt finden sich dafür Beispiele. Das Angebot firmiert meist als »Selbstverteidigung«. Für Mitglieder und Interessierte wird Training in Kickboxen oder Muay Thai angeboten. Hierfür hat die Partei 2018 eigens die Arbeitsgruppe »Körper und Geist« gegründet. Dass es sich dabei natürlich um Angebote handelt, die in das neonazistische Weltbild der Partei eingepasst werden, wird im Gründungstext der Arbeitsgemeinschaft deutlich: »Wir sind bewusst keine einfache Sportgemeinschaft oder Freundeskreis, sondern Teil einer Bewegung zur völkischen Wiedergeburt unserer Nation.«

»Präventivschläge«

Die Partei bemüht sich in ihren Schriften immer wieder mehr oder weniger deutlich um eine rhetorische Distanzierung von Gewalt als Mittel für den politischen Umsturz – meist mit Verweis auf ihre Strategie eines »gewaltlosen politisch-kulturellen Wechsel[s]«, den sie anstrebe. Bei genauerer Betrachtung schließt die Partei Gewalt aber nicht aus. In einem internen ideologischen Leitfaden heißt es beispielsweise: »Sofern es notwendig ist, dass einige Scheiben zerbrechen, um nicht nur das deutsche Volk in seiner ethnischen Existenz zu sichern, sondern auch um eine Jahrtausende umfassende Hochkultur zu retten, so werden wir dies nicht als Frevel ansehen.« Und auch der Parteivorsitzende Klaus Arnstroff äußerte sich nach einem Brandanschlag auf ein unbewohntes Flüchtlingsheim 2015 folgendermaßen: »Straftaten können und werden wir als Partei niemals für gut heißen. Egal wer und warum er diese begeht. Es gibt Taten, die man nicht verstehen kann und welche, die man nachvollziehen kann. Taten, die zum Beispiel verhindern, daß Kinder mißbraucht werden, daß deutsche Frauen nachts sexuell belästigt werden oder junge Deutsche grundlos auf offener Straße verprügelt werden.« Damit schließt die Partei an jene Argumentationslogik an, die sich auch schon bei Rechtsterroristen wie Anders Breivik findet, die ihre Gewaltakte als Verteidigung begreifen. Breivik, der Mörder von 77 Menschen, sagte vor Gericht unter anderem: »Die Angriffe von 22/7 waren Präventivschläge zur Verteidigung der indigenen Bevölkerung Norwegens, der ethnischen Norweger und unserer Kultur.« Im Februar 2018 erschien auf der Homepage der Partei »Der III. Weg« der Artikel »Kampfsport als Bestandteil rechter Metapolitik«, der eben jene Erzählung erneut aufgreift: »Fast täglich muss die autochthone Bevölkerung zuschauen, wie Volksangehörige durch kulturfremde Migranten drangsaliert werden, was sich aufgrund weiteren ungebremsten Zuzuges sog. Flüchtlinge verstärken dürfte.«

Gewaltbereit

Auch die parteieigenen Einordnungen zum Thema Kampfsport argumentieren ähnlich: Nach zahlreichen Berichten über die Neonazi-Kampfsport-Szene veröffentlichte die Partei im Mai 2019 den Text »Kampfsport zum Umsturz?«. Darin heißt es unmissverständlich: »Das uns als Vorwurf an den Kopf geworfene Attribut ‹gewaltbereit›, lehnen wir deshalb jedoch nicht grundsätzlich ab. Jeder Mensch ist ab einem gewissen Grade ‹gewaltbereit›, spätestens wenn es um die Verteidigung seiner selbst oder seiner Familie in einer Notwehrsituation geht. Wer hier zu keiner Gewaltbereitschaft fähig ist (oder auf die Hilfe eines Gewaltbereiten zählen kann), den wird der Lauf der Dinge zwangsläufig aus dem Leben werfen.« Diese Mischung aus ideologischen Begründungszusammenhängen, dem verstärkten Training von Kampfsport und internationalen Kontakten zu militanten Gruppen sind eine gefährliche Grundlage für Gewalttaten und machen die Partei trotz ihrer bundesweit nur rund 500 Mitglieder zu einer gefährlichen Organisation.



Am 16. November will »Der III. Weg« in Wunsiedel marschieren,
wie hier auf dem Bild vom November 2018 zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess.

#AllesErlaubt

»Alle Register ziehen«?

»Der III. Weg« gilt als glasklare Neonaziorganisation, die sogar die NPD noch rechts überholt. Dennoch zeigt das Bundesinnenministerium keinerlei Ambitionen, überhaupt nur ein Verbot in Erwägung zu ziehen.

von Gerd Wiegel

»Dem Rechtsstaat mehr Biss geben« und »alle Register ziehen« – solchen Aussagen eines Innenministers muss mit Misstrauen begegnet werden, zielen sie doch auch auf die Einschränkung demokratischer Rechte. Horst Seehofer gebrauchte die Formulierungen nachdem bekannt wurde, dass der Kassler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) mutmaßlich von einem Neonazi ermordet wurde. Sie richtete sich also gegen die extreme Rechte, die Seehofer in ihrem Gefährdungspotenzial mit dem Islamismus auf eine Stufe stellte.
In Bayern wären manche Landtagsabgeordnete froh, wenn das Bundesinnenministerium (BMI) unter Seehofer sich noch einmal mit einem solchen Blick den Bemühungen widmen würde, die Partei »Der III. Weg« zu verbieten. Erst im letzten Jahr hatte sein Ministerium dazu eine grundsätzlich negative Einschätzung geliefert, mit der die Versuche in Bayern gebremst wurden, der neonazistischen Kleinpartei staatlicherseits den Garaus zu machen. Vorstöße gab es dazu von den Grünen bis zur CSU, doch scheitert das Vorhaben vermeintlich am Parteienprivileg, dass sich »Der III. Weg« bewusst zugelegt hat.

Militanz und NS-Verherrlichung

Über den Charakter von »Der III. Weg« gibt es keinen Zweifel: eine zu 100 Prozent neonationalsozialistische Partei mit einer militanten Kaderstruktur und einer gewaltbereiten Anhänger*innenschaft. Ganz offensichtlich wurde die Partei als juristischer Schutzschirm gegründet, um Rechtsterror-Verfahren wie gegen Mitglieder der »Kameradschaft Süd« im Jahr 2005 oder einem Verbot vorzubeugen, das die inoffizielle Vorgängerorganisation »Freies Netz Süd« 2014 ereilte. Die Aktivitäten von »Der III. Weg« gleichen dabei häufig weniger dem Agieren einer Partei als vielmehr denen klassischer Neonazi-Kameradschaften. Mit Schwerpunkten in Bayern und Sachsen organisiert die Partei immer wieder Aufmärsche, die regelmäßig mit militantem Auftreten und auch Gewalttaten einhergehen. Erst jüngst hat die Partei mit einem Marsch in Plauen im Stile der SA auf sich aufmerksam gemacht. Trotz des auch in der sächsischen Verfassung festgeschrieben Uniformverbots konnte der Marsch unter den Augen der Polizei stattfinden. 2015 präsentierte »Der III. Weg« auf seiner Internetseite eine Karte mit Unterkünften für Geflüchtete und einen »Leitfaden«, wie solche Einrichtungen verhindert werden könnten, was von vielen als unverhohlene Aufforderung zu militanten Aktionen gegen Geflüchtete aufgefasst wurde.

Unverbietbar?

Parteien sind in Deutschland sehr viel schwerer zu verbieten als andere Organisationen. Die leidige Geschichte des NPD-Verbotsverfahrens hat das zu Genüge gezeigt. Deshalb wird immer wieder die Frage gestellt, ob es sich bei »Der III. Weg« tatsächlich um eine Partei handelt. Auch die »Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands« (FAP) hatte sich Anfang der 1990er Jahre als Partei organisiert und dennoch sprach ihr das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) diesen Status ab, woraufhin ein einfaches Vereinsverbot erlassen werden konnte.
In einer Stellungnahme des BMI aufgrund der Verbotsforderungen aus Bayern aus dem Jahr 2018 wird an der Auffassung, es handele sich tatsächlich um eine Partei, festgehalten. Trotz der spärlichen Wahlteilnahmen – Stadtrat Bad Dürkheim 2014, Landtag Rheinland-Pfalz 2016, Europawahl 2019, Kommunalwahl Sachsen 2019 – sieht das Ministerium den Parteicharakter gewahrt. Thomas Witzgall formuliert auf »Endstation Rechts« im November letzten Jahres begründete Zweifel an dieser Auffassung. Mit Bezug auf das FAP-Urteil ließen sich demnach die Parteieigenschaften sehr wohl in Frage stellen. Umfang und Festigkeit der Organisation, öffentliche Auftritte als Partei und die vorhandene Möglichkeit, die Aufgaben einer Partei wahrnehmen zu können, seien vom BVerfG formulierte Anforderungen. Bei der FAP habe das Gericht die fehlende Organisationskraft unter anderem am Fehlen von Geschäftsstellen festgemacht und Witzgall verweist darauf, dass »Der III. Weg« bundesweit nur einen einzigen solchen Standort in Plauen besitze.
Auch die Gewaltbereitschaft der Partei spielt eine Rolle. Während das Verfassungsgericht bei der NPD eine Grundtendenz zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht erkennen konnte, wäre eine erneute Prüfung des BMI mit Blick auf »Der III. Weg« wünschenswert.
Ende Juni jedenfalls hat diese in dem Bemühen, sich als Partei darzustellen, einen Rückschlag erlitten. Von der Teilnahme an den Sächsischen Landtagswahlen wurde die Partei ausgeschlossen. Laut den »Dresdner Neuesten Nachrichten« fehle es »der rechtsextremen Kleinpartei der III. Weg (…) an tatsächlicher Verbreitung im Bundesland. ‹Die Partei betreibt nach eigenen Angaben nur Stützpunkte – die aber nicht einmal dem Niveau von Kreisverbänden entsprechen›, so der stellvertretende Landeswahlleiter.«
Trotzdem wird das aller Wahrscheinlichkeit nach zu keinem Umdenken im BMI führen. Dagegen spricht auch, dass »Der III. Weg« 2019 eine ganze Reihe von Wahlantritten anstrebt und mit den Europawahlen und den Kommunalwahlen in Sachsen auch zweimal angetreten ist. Das wird eher die Sicht des Ministeriums bestärken, die jungen Parteien eine gewisse Startphase zubilligt.

#Nazifrauen

Kinder, Kampf und Kräuterkunde

Die regelmäßig erscheinende Netz-Kolumne »Die Weggefährtin« gibt Aufschluss über das angestrebte Familienbild und die Rolle der Frau innerhalb der Partei »Der III. Weg«.

von Frida Westrick



Im »Zehn-Punkte-Programm« der Partei »Der III. Weg« steht die Forderung »Deutsche Kinder braucht das Land« auf Platz drei. »Die Familie – bestehend aus Mann, Frau und Kindern – ist die Keimzelle des Volkes«, heißt es dort. Heimatverbundene Politik sei Familienpolitik, kinderreiche Familien und Mutterschaft als Beruf seien zu fördern, um den »drohenden Volkstod« abzuwenden. Die Rolle der Frau ist programmatisch zunächst auf die Rolle der Mutter beschränkt. Im Frauenblog »Die Weggefährtin« kommen dagegen Aktivist*innen zu Wort, die »von Frau zu Frau« ihr »Wirken und Sein innerhalb der Partei ergänzend« darstellen. Viele der Beiträge drehen sich dann auch um die Mutterschaft im weitesten Sinne, mitunter mit klarem NS-Bezug – so werden »Bekenntnisse zur Familie« aus den »Huttenbriefen« zitiert, einer Publikation des extrem rechten »Freundeskreises Ulrich von Hutten«, der den eng an der nationalsozialistischen Ideologie orientierten und auflagenstärksten Erziehungsratgeber der NS-Zeit »Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind« rehabilitiert und die Rolle der Frau innerhalb der Familie mit rassistisch-biologistischen Herleitungen erklärt. »Die Hand, die die Wiege führt, führt das Weltgeschick«, frei zitiert nach William Ross Wallace, ist hier das Leitmotiv. Eine vorgebliche Aktivistin schreibt: »Politische Aktivität beinhaltet bei mir klassische Erziehung der Kinder unter Einfluss von alten Bräuchen und Werten, sowie gemeinsame politische Aktivitäten und Unternehmungen mit Gleichgesinnten.«

»Folgen der Umerziehung«

»Unser Erfolg misst sich biologisch darin, wie viele Kinder wir zu gesunden und erfolgreichen Erwachsenen erziehen«, schreibt eine der Verfasserinnen an anderer Stelle. Dieser Erfolg scheint durch »eine nicht enden wollende Überfremdung, kulturmarxistische Propaganda (…), die herangezogene liberalistische Ellenbogengesellschaft« oder die »Aufwertung sexueller Randgruppen wie Homosexuellen« gefährdet. Liberale Abtreibungsgesetze, »Genderwahnsinn«, Berufstätigkeit von Frauen und gewollte Kinderlosigkeit sind einige der beschriebenen Schreckgespenster und »Folgen der Umerziehung nach 1945«. Bis dahin seien einige bedeutende Errungenschaften für Frauen wie Bildungsmöglichkeiten oder das Wahlrecht erreicht worden, später hätte erst der »American Way of Life« die Frau zum Sexobjekt und »Heimchen am Herd« degradiert und nach 1968 finde man sich in der »bitteren Realität von einem entarteten Propagandafeldzug des linksliberalen Feminismus« wieder. Dieser sei lediglich der »verlängerte Arm des kapitalistischen Ausbeuter- und Sklavensystems«, der »bis zum Kopf in einem Sumpf von Materialismus, lebensfremden Ideologien und politischer Korrektheit« feststecke – obwohl der Feminismus an sich nicht »verdammenswert« sei. Und so kritisieren einige Beiträge auch die Männer innerhalb der Bewegung. Es sei an der Zeit, sich aus »nationaler Sicht mit dem Feminismus auf der einen, aber auch mit dem herrschenden Rollenverständnis von Mann und Frau innerhalb der eigenen Strukturen bzw. Weltsicht auseinanderzusetzen«. Nach Auffassung der Autor*innen nähmen Frauen viel zu selten die Rolle des »politischen Soldaten« ein und seien insgesamt unterrepräsentiert.

Kritik an den »Kameraden«

Aufgrund ihres »Naturells« sei dies auch erst einmal verständlich: Die Frau besitze ein anderes Wesen, habe andere Neigungen und Fähigkeiten als der zum »rebellischen Wesen« neigende Mann, dem der »Straßenkampf«, das aggressive Reden und die körperlich anstrengende Aktivität mehr liege. Das Missverhältnis sei aber auch dadurch verursacht, dass die Männer genau darauf den politischen Kampf reduzierten. Dadurch entstehe ein Art Zerrbild, vermutet die Autorin, »(u)nd so verwundert es nicht, dass viele Frauen einen großen Bogen um nationale Kreise ziehen, obwohl sie sich selbst als ‹politisch rechts› (…) verorten würden. Nicht nur der nach außen getragene Chauvinismus gegenüber anderen Völkern, die uns oftmals bis zum Blute nahe stehen, sondern auch der noch immer verbreitete Sexismus ist bei bestimmten Teilen der nationalen Strömung an der Tagesordnung«. Engagierte Frauen würden sich deshalb »meist in antifaschistischen, antideutschen bzw. sogenannten demokratischen Organisationen« eher wiederfinden, weil diese sie auf einer »fürsorglichen, empathisch-sozialen Art« ansprächen und mit entsprechenden Themen politisieren würden. Auch die Partnerwahl der »Kameraden« ist der nationalen Sache scheinbar nicht zuträglich: »Entweder die



viele Kinder
en erziehen.«

Frau soll ein sexualisiertes Objekt darstellen oder aber ein stummes und dem Hintergrund zugewandtes Weibchen, welches sich um Haus und Kinder kümmert, aber sich ansonsten von politischen und gesellschaftlichen Alltagsthemen fernhält. Viele möchten die politische Arbeit auch nicht mit nach Hause nehmen; und so sucht man sich eben ‹unpolitische› Damen oder solche, die mit ihrer Rolle als stiller Beobachter zufrieden sind.« Die fehlende Präsenz der Frauen in der Bewegung sei problematisch, »weil politische Belange eben nicht nur für ein Geschlecht relevant sein sollten, sondern nur in der Gesamtheit zu Ergebnissen führen können, die für das ganze Volk von Vorteil sind«.

»Drei Säulen«

Männer wie Frauen sollten daher »nach einer ganzheitlich gelebten politischen Ausrichtung« streben, denn der parteipolitische Kampf bestehe aus drei Säulen: »Kampf um die Gemeinschaft«, »Kampf um die Kultur« und die des »Politischen Kampfes«, in denen Mann und Frau in »geschlechtlich differenzierter Arbeitsteilung aufgrund unterschiedlich ausgeprägter Fähigkeiten« die »Bewegung einen großen Schritt voranbringen«. Das angestrebte Verhältnis zwischen Mann und Frau sollte nach Ansicht der Verfasserin »auf Augenhöhe« stattfinden und die Frauen sollten sich aktiv einbringen. »Ob in verstehender Ebenbürtigkeit, in tatkräftiger Kameradschaft oder als verpflichtendes Vorbild. Immer in einer weiblichen Ruhe und zielstrebigen Gewissheit für das Erbe unserer Kinder einzutreten.« Jede nach ihren Fähigkeiten: »Sei es als umsorgende Mutter für Familie und Heim, als Schreiberin für unsere Netzseite, als Näherin für unsere Fahnen, als Umweltschutzstreiterin oder Aktivistin auf der Straße und am Infostand. Wir zeigen überall, dass in unserer Brust ein treues Herz in Liebe zu unserer Heimat schlägt – in all unseren Facetten.« In den schwülstig geschriebenen und romantisch-naturverbunden bebilderten Beiträgen wird klar, wie der den weiblichen Neigungen entsprechende Beitrag zur nationalen Sache aussehen kann. So wird neoheidnisches Liedgut eingesungen, werden Kräuterwanderungen gemacht und Äpfel entsaftet, ein Selbstversorger-Stand, unter anderem mit eigens eingekochter Marmelade, gehäkelten Kindermützen und Eierbechern, auf dem Festival »Jugend im Sturm« aufgebaut, Flyer auf der Demonstration in Chemnitz verteilt, Kinder geschminkt oder Blumen und Kerzen an Mahnmalen für Gefallene aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg niedergelegt. Die Forderungen nach einer Mütterrente oder höherem Kindergeld sind anschlussfähig und auch einige Kameraden dürften gemerkt haben, dass die Präsenz von Frauen in den eigenen Reihen der Verankerung in der Gesellschaft und dem eigenen Image zuträglich sein kann. In der allgemeinen Außendarstellung der Partei spielen Frauen trotzdem meistens eine untergeordnete Rolle, sei es bei der Wahrnehmung politischer Ämter, Aufmärschen oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

»Nationalen Feminismus« gibt es nicht

In der jüngeren Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, das Frauenbild innerhalb der extremen Rechten zu »modernisieren« und Frauen innerhalb der Bewegung versuchten, über die Mutterrolle hinaus politisch mitzureden und mitzugestalten. Der »Ring Nationaler Frauen« sei hier als Beispiel genannt oder der »Mädelring Thüringen«, eine Frauenkameradschaft, die 2006 Thesen zum »Nationalen Feminismus« zur Diskussion gestellt hatte. Auch einige Frauen der »Kameradschaft« »Fränkische Aktionsfront«, die sich unter dem Namen »Frauen in der FAF« formierten, strebten ein Ideal als »moderne, anständige, revolutionäre, selbstbewusste, nationale, deutsche Frau« an und benannten gar Probleme wie Gewalt in der Beziehung, die sonst in der extrem rechten Szene gerne als nicht-deutsches Problem externalisiert wird. An einem theoretischen Unterbau hatte sich 1987 schon Sigrid Hunke versucht, die altgermanische Mythen zu Hilfe nahm, um einen völkischen Feminismus zu konstruieren. Insgesamt waren diese Ansätze nie erfolgreich und nicht hilfreich in dem Sinne, dass sie zur Gleichstellung von Frauen und zu ausgeglichenen Geschlechterverhältnissen führten. Weil es eben nicht geht. Die Forscherin Anja Götz untersuchte 2015 verschiedene extrem rechte Frauengruppen, um herauszufinden, ob es einen »rechtsextremen Feminismus« in Deutschland gebe – sie kam zu dem Schluss: »Einzelne feministische Aspekte werden übernommen, umgeformt und der eigenen Ideologie angepasst. Dort, wo eine starre Zweiteilung der Geschlechter (Volksgemeinschaft) gespickt mit nationalistischen Gedanken existiert und die eigene »Rasse« als bewusst höherwertig gegenüber anderen Völkern angesehen wird, kann nie ein Feminismus existieren.« Eine emanzipierte Frauenrolle innerhalb der extremen Rechten kann nicht existieren und die Aktivistinnen der Partei »Der III. Weg« fordern sie auch gar nicht ein. Das damit angebotene Frauenbild dürfte an sich für die meisten Frauen nicht ansprechend sein und vermutlich verkennen die Verfasserinnen auch, dass es an ihrem geschlossen extrem rechten Weltbild liegen dürfte, dass potenzielle Mitstreiterinnen fernbleiben. »Die Weggefährtin« zeigt jedenfalls eindeutig, dass die in der Bewegung aktiven Frauen ihren Kameraden in Sachen NS-Verherrlichung, faschistischer Ideologie und völkisch-nationalistischen Bestrebungen in nichts nachstehen.



#Außenpolitik

Internationale Kontakte

»Der III. Weg« unterhält zahlreiche Kontakte ins Ausland. Ein Blick auf die ideologische Legitimation und die Praxis transnationaler Neonazi-Kontakte.

von Jan Nowak

Völkischer Nationalismus ist Kern der Ideologie der Partei »Der III. Weg«: »Das Vaterland und mit ihm die Nation sind der manifestierte Wille des Volkes als blutsgebundene Schicksalsgemeinschaft seine eigene Zukunft, das gemeinsame Leben und Überleben zu gestalten bzw. sicher zu stellen.« Die Organisation betont das Primat der Interessen und des Überlebens des eigenen Volkes, propagiert das völkisch-nationalistische Ordnungsprinzip jedoch nicht nur für Deutschland. In Abgrenzung zu Denationalisierung und Supranationalität erblickt sie in der völkisch bestimmten »Nation auch im 21. Jahrhundert, zumindest für die weißen Völker, die entscheidende politische Größe«. Dies führt bisweilen zu Positionierungen, die auf den ersten Blick verwundern. So erklärt die Partei, Katalonien verfüge trotz einer von ihr konstatierten linken Dominanz in der Unabhängigkeitsbewegung »über das völkische Recht, einen eigenen Nationalstaat auf ihrem angestammten Lebensraum zu gründen«. Obwohl sich »Der III. Weg« historisch positiv auf den Franquismus bezieht, dominiert bei ihm dem Bekenntnis nach die völkisch-nationalistische Logik. Das Beispiel macht deutlich, welch hohen Rang die Partei einem »völkischen Selbstbestimmungsrecht« einräumt. Neben dem ideologischen Aspekt dürfte dabei eine maßgebliche Rolle spielen, dass Deutschland – anders als andere europäische Staaten – vor dem Hintergrund der Gebietsverluste nach 1945 wenig zu verlieren hat, jedoch aus Sicht der Partei mit Blick auf Deutsche im völkischen Sinne in Österreich, Flandern, Südtirol und Teilen Osteuropas profitieren könnte.

»Völkerversklavende EU«

Betrachtet man die zentrale Bedeutung, die »Der III. Weg« den völkisch definierten Nationalstaaten zuschreibt, ist seine aggressive Ablehnung gegenüber der EU nicht verwunderlich. Die »völkerversklavende« EU wird angegriffen, da sie die Handlungsfähigkeit der einzelnen Staaten einschränke. Zudem wird den »EU-Diktatoren aus Brüssel« vorgeworfen, sie würden »die Bedürfnisse von hier lebenden Minderheiten, Ausländern, Schwulen und Lesben über jene der deutschen Bevölkerungsmehrheit« stellen. Diese Frontstellung manifestiert sich auch in der Forderung nach einem EU-Austritt. Zugleich stellt die Partei jedoch fest, dass sich einzelne europäische Länder heute in der internationalen Staatenkonkurrenz nicht durchsetzen könnten: »Europa kann nur gemeinsam seinen Platz in der Welt behaupten.« Sie konstatiert zudem, der ‹Volkstod› sei nur durch eine europäische Kraftanstrengung abzuwenden: »Nur gemeinsam durch alle nationalen Kräfte aller europäischen Länder kann es möglich sein, die einheimische Bevölkerung aufzuwecken, bevor es zu spät ist.« »Der III. Weg« ergänzt vor dem Hintergrund dieser nicht alleine zu lösenden ‹existenziellen Probleme› den EU-Austritt im Parteiprogramm um die Forderung der »Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft auf Grundlage der europäischen Kulturen sowie der gemeinsamen Geschichte«. Der Begriff der ‹Europäischen Eidgenossenschaft› bleibt im Programm unspezifisch, eine inhaltliche Bestimmung findet nicht statt. Als Phrase taucht er jedoch regelmäßig auf, hierbei werden einige zentrale inhaltliche Aspekte sichtbar. So sollen die zugehörigen Staaten ihre Souveränität behalten, jedoch hinsichtlich der Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten. Dieser machtpolitische Aspekt in klarer Abgrenzung zu den USA wird an anderer Stelle bestätigt, die ‹Eidgenossenschaft› etwa als »Verteidigungsbündnis und als Gegengewicht zu den bestehenden Weltmächten« oder als »Schutz und Trutzbund« bezeichnet.

»Europäische Eidgenossenschaft«

Die Partei macht die Herkunft ihrer Europavorstellungen nicht transparent, die Idee der ‹Europäischen Eidgenossenschaft› dürfte jedoch auf Bernhard Schaub zurückgehen. Der Schweizer Holocaustleugner war Kopf der 2010 gegründeten »Europäischen Aktion« (EA), die dem Anspruch nach eine länderübergreifende ‹Befreiungsbewegung› etablieren wollte. Wenngleich der zwischenzeitlich aufgelösten EA kein größerer organisatorischer Erfolg beschert war, trug sie doch zur Verbreitung von Schaubs Konzept der ‹Europäischen Eidgenossenschaft› in der extremen Rechten bei. »Der III. Weg« unterhielt zumindest in seiner Anfangszeit enge Verbindungen zur EA. So referierte ein Aktivist des Netzwerkes im Oktober 2013 bei einer Veranstaltung der Partei zum Thema Europa, im Mai 2015 trat ein Vertreter als Redner bei einer Demonstration der Partei auf. Laut dem bayerischen Verfassungsschutz soll zudem der ehemalige Münchner Stützpunktleiter der Partei Pierre Fürbaß-Pauly zugleich Mitglied der EA gewesen sein. Vor dem Hintergrund dieser Verbindungen ist es naheliegend, dass »Der III. Weg« von Schaubs Konzept der ‹Europäischen Eidgenossenschaft› inspiriert wurde. Dies gilt umso mehr, als ihre Forderung »Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft« im Parteiprogramm wortgleich einem Programmpunkt der EA entspricht.

Seine Vorstellung der ‹Europäischen Eidgenossenschaft› skizzierte Bernhard Schaub in einem Artikel der neonazistischen Zeitschrift »Volk in Bewegung«. Darin legt er Wert darauf, dass er weiter an völkisch und kulturell homogenen Nationalstaaten festhalte. Doch mit Blick auf die »volks- und rassefeindlichen Weltbeherrscher« konstatiert er: »Jeder einzelne europäische Nationalstaat ist schlicht und einfach zu schwach, um den Gegner aus dem Sattel zu heben und auf Dauer in Schach zu halten.« Deshalb müsse man versuchen, die »berechtigten Anliegen beider Ideen, der europäischen und völkisch-nationalen, in Übereinstimmung zu bringen«. In der Folge griff er ein Konzept auf, das Ende 1944 von einem Kreis um Alexander Dolezalek vom »Europa-Amt« der SS entwickelt worden war, um nationalistische Kräfte in Europa zum Kampf gegen die Rote Armee zu mobilisieren: Einen »Freundschafts- und Beistandspakt der europäischen Staaten unter Führung des Reichs gegen Amerikanisierung und Bolschewismus« – die »Europäische Eidgenossenschaft«. Inspiriert vom historischen Beispiel schlug Schaub ein Bündnis souveräner europäischer Staaten »mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik« vor, wobei dem »wiederentstehenden Deutschen Reich (...) selbstverständlich eine Führungsrolle als Erstem unter Gleichen« zufalle. Offiziell betont »Der III. Weg« in Abgrenzung hierzu den gleichberechtigten Charakter innerhalb des angedachten Bündnisses. Da eine Realisierung nicht auf der Tagesordnung steht, beeinträchtigt dieser Widerspruch die Zusammenarbeit aktuell kaum. Mit den Plänen der Partei zur völkischen Neuordnung Europas ist es komplizierter, weil daraus resultierende Gebietsansprüche die Zusammenarbeit mit extrem rechten Organisationen in Italien, Tschechien oder Polen bisweilen erheblich erschweren.

Transnationale Kontakte

Transnationale Kontakte der Neonazi-Szene, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebieten sowie zu (para)militärischen Organisationen, stellen potentielle Gefahrenfaktoren dar. Sie können zur Nachahmung eines äußerst gewalttätigen Vorgehens motivieren und Möglichkeiten für terroristische Ausbildung, Beschaffung von Waffen und Einrichtung von Rückzugsräumen eröffnen. Nicht zuletzt deshalb berichtete »der rechte rand« regelmäßig über die Kontakte in annähernd 20 Länder, die »Der III. Weg« seit seiner Gründung im Jahr 2013



unterhielt. Für eine relativ junge Kleinstpartei ist dies beachtlich, sie misst der europäischen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zu. Die Kontakte sind dabei von sehr unterschiedlicher Intensität, jedoch handelt es sich in der überwiegenden Mehrheit um qualitativ nur gering ausgeprägte und oft kurzzeitige Kooperationen. Dieser Zustand kann als Ergebnis eines Sondierungsprozesses interpretiert werden, in dem die Partei zunächst eine relativ große Offenheit für transnationalen Austausch mitbringt, um dann zu prüfen, ob das Gegenüber den ideologischen Vorstellungen entspricht und sich die Beziehung in der Praxis als tragfähig erweist. Der stellvertretende Vorsitzende der Partei »Der III. Weg« Matthias Fischer sagte dazu: »Natürlich geht auch unser Blick interessiert über den eigenen Tellerrand hinaus und wir studieren ganz genau die nationalistischen Strömungen im Ausland. Neben der politischen Ausrichtung der jeweiligen Organisation, interessiert uns natürlich auch der Aufbau der Organisation und der eventuelle Erfolg damit.« Die Partei hofft also auf Inspiration und Lerneffekte, gerade die politisch erfolgreicheren oder innovativeren Kooperationspartner »Asow« in der Ukraine, »Chrysi Avgi« in Griechenland und die »Nordische Widerstandsbewegung« (NMR) in Skandinavien werden als Vorbilder betrachtet. Sie bieten laut Fischer »gute Möglichkeiten, für uns interessante Entwicklungen aus der Zukunftsperspektive zu sehen«. Während sich der Kontakt zur »Asow«-Bewegung in der Ukraine über die Einbindung in deren »Reconquista Europe«-Netzwerk in den letzten Jahren intensiviert hat, verlor die Verbindung zur »Chrysi Avgi« – die durch Repression, interne Konflikte und Misserfolge auf parlamentarischer Ebene geschwächt ist – an Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit der NMR, die ab dem Jahr 2017 intensiviert wurde, scheint in jüngster Zeit zu stagnieren.

»Kollaboration«

Auffällig ist, dass die Verbindungen in westeuropäische Länder nur rudimentär ausgeprägt sind. Zudem zeigt sich, dass die Kollaborationsgeschichte im historischen Nationalsozialismus auch beim Zustandekommen und der Pflege der heutigen Kontakte eine kaum zu überschätzende Rolle spielt. In etwa der Hälfte der Fälle der bekannten kooperierenden Organisationen handelt es sich um Parteien, bei der anderen Hälfte um weniger formalisierte Organisationen. Unabhängig von der Form ist die Mehrzahl dem militanten Spektrum zuzuordnen. Auch für die Parteien ist festzustellen, dass diese eher Bewegungscharakter haben und mit Ausnahme der zeitweise erfolgreichen »Chrysi Avgi« keine parlamentarische Relevanz besitzen. Hierzu passt, dass sich weite Teile der sichtbaren transnationalen Zusammenarbeit auf der Straße abspielen. Großveranstaltungen wie der »Imia-Marsch« in Athen, der »Lukov-Marsch« in Sofia und – mit Abstrichen aufgrund seines Bedeutungsrückganges – auch der »Tag der Ehre« in Ungarn tragen erheblich zur Vernetzung bei. Auch die meisten transnationalen Begegnungen der Partei in Deutschland finden im Rahmen ihrer Demonstrationen zum 1. Mai oder dem ‹Heldengedenken› in Wunsiedel statt. Derartige Veranstaltungen lassen das Gefühl, Teil eines länderübergreifenden, europaweiten Kampfes zu sein, erfahrbar werden und dienen der ideologischen Selbstvergewisserung; immer wieder bieten sie zudem die Möglichkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Internationaler Terror?

Der symbolische Nutzen ist aktuell die maßgebliche Funktion der transnationalen Kontakte der Partei. Ernsthafte inhaltliche Debatten oder eine gemeinsame länderübergreifende Praxis in Form bewusster konzertierter Aktionen werden nicht sichtbar. Dem steht die faktische Verhaftung des Denkens in nationalistischen Logiken ebenso entgegen wie die relative Schwäche der Beteiligten. Auch die Tatsache, dass neonazistische Organisationen und Großveranstaltungen bedingt durch Verbote und politischen Druck oft nur wenig beständig sind, erschwert die langfristige Kooperation auf höherem Niveau. Ohne ihre Bedeutung sensationsheischend zu überzeichnen, sollten transnationale Kontakte als mögliche Innovations- und Gefahrenquelle dennoch genau beobachtet werden. Dies gilt besonders für den Fall eines möglichen Verbots der Partei »Der III. Weg«. Denn auch wenn sich einfache Aussagen über den Effekt von Organisationsverboten nicht treffen lassen, könnten vor allem die Kontakte in die Ukraine im Verbotsfall wieder an Bedeutung gewinnen. Anhänger*innen, die in Deutschland keine Perspektive mehr sehen, könnten sich für eine Verlagerung des ‹Kampfes› ins Ausland entscheiden. Zudem bleibt auch die Gefahr der Ausbildung für terroristische Zwecke stets aktuell.



#Bildproduktion

Das Gleiche in Grün

Die orthodox-nationalsozialistische Ästhetik von »Der III. Weg«

von Sven Kames

Wofür »Der III. Weg« ideologisch steht, spiegelt sich in der Symbolik, die von dieser Organisation verwendet wird. Form und Inhalt sind in Übereinstimmung – das Programm ist Nationalsozialismus in Reinform mit einer Schlagseite zu dessen nationalrevolutionärem Flügel. Symbolisch kommuniziert wird das mit den passenden überlieferten Markenzeichen. Nur das Strafrecht beschränkt den Zugriff auf die historischen Symbole, mit denen sich die Partei öffentlich präsentiert.

Der Parteiname »Der III. Weg« selbst ist symbolisch aufgeladen: Es geht der Organisation um einen dritten Weg abseits von Kommunismus und Kapitalismus. Eine in römischen Ziffern geschriebene Drei dient als Parteilogo und bildet so eine Einheit aus drei Säulen ab, welche den Anspruch der Organisation illustrieren soll, politisch, kulturell und gemeinschaftlich zu wirken. Oft wird die römische Drei inmitten eines Kranzes aus Eichenblättern als Variante des Parteilogos genutzt. Immer wieder wird von »Der III. Weg« das Symbol des gekreuzten Hammers und Schwerts verwendet. Historisch ist dieses Zeichen im nationalrevolutionären NSDAP-Flügel um die Strasser-Brüder verortet, es wurde aber auch von der Hitler-Jugend genutzt. Seit Jahrzehnten gehört es zum symbolischen Repertoire des Neonazismus, unter anderem bei der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationalisten«. Ähnlich verhält es sich mit dem Zahnrad-Symbol, dieses wird seit langem von Neonazigruppen genutzt. Übernommen wurde es von der NS-Massenorganisation »Deutsche Arbeitsfront«. Ein Werbeplakat des »Der III. Weg« kombiniert das Zahnrad mit Hammer und Schwert. Hinter der Parole »Für einen deutschen Sozialismus!« ist das Foto einer steinernen Statue montiert. Anhand der Schaufel in seiner Hand ist der muskulöse Mann als Arbeiter zu erkennen. Diese Statue wurde vor einem Aluminiumwerk in Teningen (Baden) vom Unternehmer Emil Tscheulin aufgestellt – ein fanatischer Nationalsozialist, der in seiner Fabrik Zwangsarbeiter*innen beschäftigte.

Die von »Der III. Weg« am häufigsten verwendete Farbe ist ein Moosgrün, hierbei handelt sich eher nicht um eine Anspielung auf Organisationen des historischen Nationalsozialismus. Möglicherweise ist die militärische Assoziation als Tarnfarbe willkommen. Vor allem aber dürfte bei der Farbwahl eine Rolle gespielt haben, dass Grün im politischen Spektrum der extremen Rechten bisher weitgehend unbesetzt war und somit geeignet schien, die Eigenständigkeit von »Der III. Weg« zu unterstreichen.

Öffentliche Auftritte

Die Aufmärsche, die »Der III. Weg« ausrichtet, sind von einer strengen Formsprache geprägt. Die eingesetzten Utensilien entstammen dem Repertoire des Nationalsozialismus. Die Reihen sind exakt choreographiert. Trommeln oder Fackeln werden – soweit dies von den Versammlungsbehörden nicht untersagt wird – regelmäßig eingesetzt. Dazu säumen Parteifahnen die Seitenränder des Aufmarsches. Die Mehrheit der Neonazis ist dabei in grünen und seltener in roten T-Shirts einheitlich gekleidet – trotz des geltenden Uniformierungsverbots im Versammlungsrecht.

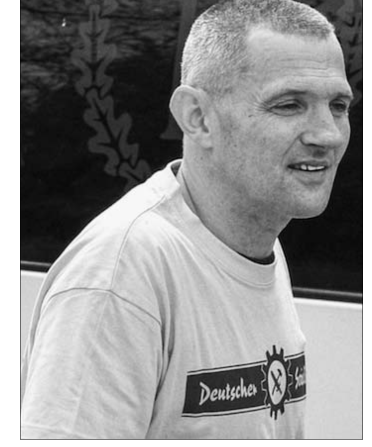
Mit seiner Ästhetik offenbart »Der III. Weg« die Logik, mit der er seine Propaganda betreibt. Es geht in erster Linie nicht darum, sich dem Publikum als Teil einer bewegten Rechten anzubieten und anhand eines tagesaktuellen Themas zur unmittelbaren, auch unverbindlichen Partizipation an dieser Bewegung einzuladen. Vielmehr handelt es sich um weltanschaulich aufgeladene Agitationsumzüge: Der Bevölkerung soll durch die strenge Form gezeigt werden, dass es eine handlungsfähige, disziplinierte, ordentliche Kampforganisation gibt, die sich für deutsche Interessen einsetzt. Die Redebeiträge sind radikal und von einem auf Außenstehende oft kurios wirkenden Pathos geprägt. Auch nach innen wird im Rahmen der Demonstrationen vermittelt, dass der »Kampf um Deutschland« Disziplin erfordert. Die Demonstrationen sind konzipiert als Kampfeinsätze, als Bewährungsproben für asketische, opferwillige »politische Soldaten«, die sich dabei ins Licht der Öffentlichkeit stellen und Gesicht zeigen für ihre Organisation. Der elitäre Anspruch dient dabei auch der Binnendistinktion im deutschen Neonazismus, da die Ernsthaftigkeit des eigenen politischen Tuns herausgestellt wird. Buntheit oder Humor, popkulturelle Referenzen und ähnliche Mittel, die von anderen Neonaziorganisationen routiniert eingesetzt werden, lehnt die Partei ab. Ihre Ästhetik ist ein Gegenmodell zur popkulturfreundlichen Pose, wie sie etwa bei den »Autonomen Nationalisten« anzutreffen war. Diese betonten in ihrer Symbolik und bei ihren Demonstrationsauftritten offensiv die eigene Gewalttätigkeit. Bei »Der III. Weg« sind Form und Inhalt in einem für faschistische Organisationen besonders hohen Maß in Übereinstimmung. »Der III. Weg« verzichtet in der Regel auf Gewaltdarstellungen und sieht seine Aufmärsche auch nicht als bloßen Anlass für Randale, was aber nicht den Gewaltgehalt seiner Ästhetik mindert.

Den Feinden der Bewegung soll kommuniziert werden, dass sich eine schlagkräftige politische Kampfeinheit formiert hat, die bereit ist, erbarmungslos zur Tat zu schreiten, wenn ihre Zeit gekommen ist.



K. Armstroff


E. Biczysko



R. Döhler

#Kader

Eine Auswahl der führenden Personen in »Der III. Weg«

von Toni Brandes, Waldemar Dermer, Maya Fuchs, Jan Nowak, Jonas Miller und Sascha Schmidt

Klaus Armstroff – Mitgründer und Parteivorsitzender

Der 1957 in Jena geborene Elektriker gehörte bis 2013 zum nationalsozialistischen Flügel der NPD in Rheinland-Pfalz und war Vorsitzender des NPD-Kreisverbands »Deutsche Weinstraße«. Bei den Kommunalwahlen 2009 zog er für die NPD in den Kreistag des Landkreises Bad Dürkheim ein. Er war Anmelder mehrerer Veranstaltungen und Aufmärsche in Landau, Neustadt/Weinstraße und Bad Dürkheim und bis Sommer 2009 Mitglied des NPD-Landesvorstandes. Zudem trat er 2010 als Sprecher des Tagesschau-Plagiats »Kritische Nachrichten« des neonazistischen Videoprojektes »Volksfront Medien« auf.
Zur Bundestagswahl 2013 kandidierte er im Wahlkreis Südpfalz und erlangte 1,3 Prozent der Stimmen. Als im Jahr 2013 ein bereits länger währender Streit zwischen den Flügeln innerhalb der NPD-Rheinland-Pfalz – um Armstroff auf der einen und Markus Walter und Ricarda Riefling auf der anderen Seite – eskalierte, verließ Armstroff die NPD und gründete die Partei »Der III. Weg«. Im Jahr 2014 meldete er für die neu gegründete Partei im Rhein-Neckar-Raum mehrere Aufmärsche und Kundgebungen an. Armstroffs Privatadresse in Weidenthal dient auch als Parteisitz von »Der III. Weg«. Armstroff ist zudem laut Impressum Verantwortlicher der Homepage der Partei. Zur Europawahl 2018 war er der Spitzenkandidat, er beteiligt sich – häufig als Redner – bundesweit an Demonstrationen der Partei. Er ist mit Dörthe Armstroff verheiratet.

Dörthe Armstroff

1958 in Zeitz/Sachsen-Anhalt geboren, wurde Dörthe Armstroff im Dezember 2005 zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD in Rheinland-Pfalz gewählt und baute mit ihrem Mann Klaus den Kreisverband »Deutsche Weinstraße« auf. Noch als Mitglied der »Deutschen Volksunion« (DVU) trat sie 2006 auf der Landesliste der NPD zur Landtagswahl an. Im Mai 2008 folgte schließlich ihre Wahl zur Landesvorsitzenden. Damit war die gelernte Fotografin erst die vierte Frau in der Geschichte der NPD an der Spitze eines Landesverbandes. Kraft ihres Amtes war sie auch Mitglied des Bundesvorstandes. Darüberhinaus war sie aktiv in der NPD-Unterorganisation »Ring Nationaler Frauen«. Ihre Nähe zur militanten Szene verdeutlichte ein Treffen der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) im August 2008 auf dem Grundstück des Ehepaars Armstroff in Weidenthal, ebenso wie die enge Zusammenarbeit mit dem »Aktionsbüro Rhein-Neckar«. Unter ihrer Führung gelang es der NPD bei den Kommunalparlamentswahlen in Rheinland-Pfalz 2009 sieben Sitze zu erringen. Damit gelang es der NPD erstmals seit vierzig Jahren in Rheinland-Pfalz in Kommunalparlamente einzuziehen. Trotz dieses Erfolges musste sich Dörthe Armstroff – im Zuge der Flügelkämpfe innerhalb des Landesverbandes – unter anderem den Vorwurf der Untätigkeit gefallen lassen. Zur Wahl des Landesvorstandes 2013 trat sie nicht mehr an, sondern trat aus der Partei aus. Für die Partei »Der III. Weg« ist sie im Stützpunkt Pfalz aktiv und kandidierte auf Platz 4 der Liste zur Europawahl 2018.

Enrico Biczysko

Der im Januar 1982 in Erfurt geborene Enrico Biczysko hat eine lange Laufbahn in der extremen Rechten hinter sich. Neben seiner aktiven Zeit in der rechten Hooliganszene um den Fußballverein Rot Weiß Erfurt war er auch Mitglied der extrem rechten Gruppierung »Pro Erfurt« um den früheren Erfurter NPD-Kreischef und V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Kai-Uwe Trinkaus. Zwischen 2003 und 2007 wurde Biczysko vier Mal verurteilt und musste eine Haftstrafe verbüßen. Bei der Kommunalwahl 2014 errang der Neonazi für die NPD einen Sitz im Erfurter Stadtrat und avancierte zum Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes. Sein »Bürgerbüro« eröffnete er im Hinterzimmer einer Neonazi-Kneipe im südöstlichen Stadtteil Herrenberg, in der auch seine Klamottenmarke »Patriot« ihre Adresse hatte und RechtsRock-Konzerte stattfanden. Später verlagerte Biczysko sein Büro in die 850 m entfernten Räumlichkeiten des eingetragenen Vereins »Volksgemeinschaft«. Dessen Aktivitäten waren nicht von der NPD zu trennen, wie Parteiveranstaltungen in den Räumen zeigten. Im Juni 2016 verließ er die Partei im Streit und wechselte mit anderen Neonazis zur Partei »Die Rechte« (DR). Rund ein Jahr später verließen Biczysko und der Thüringer Landesvorstand »Die Rechte«, um ihre Kümmerer-Taktik um den Verein »Volksgemeinschaft« zu intensivieren. Dessen Räumlichkeiten werden seit Biczyskos Eintritt in »Der III. Weg« im August 2018 »Nationalrevolutionäres Zentrum« genannt. Der gelernte Monteur trat im Mai 2019 als Spitzenkandidat zur Erfurter Kommunalwahl an, bei der Wahl im Ortsteil Melchendorf konnte Biczysko mit 931 Stimmen knapp 25 Prozent auf sich vereinen und zog als Nachrücker in den Ortsteilrat ein.



J. Eisenhardt



M. Fischer



T. Gentsch



M. Herrmann

Rico Döhler – Leiter Stützpunkt Vogtland

Ende 2014 übernahm der bisherige Stellvertreter des Stützpunktes Hochfranken/Vogtland die Leitung vom bisherigen Leiter Tony Gentsch. Anfang Februar 2015 teilte sich der Stützpunkt in den Stützpunkt Oberfranken und den Stützpunkt Vogtland – weiterhin unter der Leitung von Rico Döhler. Der vormalige NPD-Bezirksvorsitzende Schwaben und spätere Kreisvorsitzende der NPD Vogtland war vor seinem Wechsel zu »Der III. Weg« für die »Revolutionäre Nationale Jugend« (RNJ) Vogtland aktiv, die mehrfach einen »Trauermarsch« im sächsischen Plauen organisiert hatte. Nach einer Reihe von Hausdurchsuchungen löste sich die RNJ im September 2012 angeblich auf. Anschließend marschierte die Gruppierung bei Aufmärschen des »Freien Netz Süd« mit, das nach seinem Verbot 2014 in Teilen in »Der III. Weg« aufging. Unter Döhlers Regie avancierte der »Stützpunkt Vogtland« zu den aktivsten Gliederungen der Partei in Sachsen. Dazu gehörte unter anderem die Eröffnung des »Partei- und Bürgerbüros« in Plauen im Januar 2017, bei der neben Döhler auch Klaus Armstroff, Matthias Fischer und Tony Gentsch als Redner auftraten. Mit Armstroff bildete Döhler auch das »Nationale und soziale Aktionsbündnis 1. Mai«, das 2016 einen Aufmarsch in Plauen anmeldete, bei dem es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Ein Jahr zuvor hatte Döhler bereits einen Aufmarsch unter dem Motto »Ein Licht für Dresden« in Wunsiedel angemeldet. Die elitäre Abgrenzungsstrategie, die »Der III. Weg« sonst als Kaderpartei betreibt, verfängt bei Döhler offenbar wenig. Bei einem von der NPD angemeldeten Aufmarsch im Oktober 2014 in Brandenburg trat er neben Maik Eminger für die »Gefangenenhilfe« als Redner seiner Partei auf. Auch beim sechsten »Tag der deutschen Zukunft« im Juni 2016 trat Döhler neben Vertretern von NPD und »Die Rechte« für »Der III. Weg« ans Mikrofon.

Jasmine Eisenhardt – Europakandidatin aus Ostbayern

Die 1980 geborene Eisenhardt ist mindestens seit dem Jahr 2015 für die Partei »Der III. Weg« aktiv. Zuvor bewegte sie sich überwiegend in der neonazistischen Skinhead-Szene, ein enger Weggefährte von ihr war dabei Florian W., Anhänger der rechtsterroristischen »Oldschool Society«. Ihre inhaltliche Positionierung ist eindeutig: Im August 2015 verbreitete sie bei Facebook ein Selfie, das sie vor dem Tor des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zeigt, auf einem anderen Foto posiert sie vor einer Hakenkreuzfahne.

Als eine der führenden Aktivist*innen der Partei in Ostbayern ist sie regional als Ordnerin und Versammlungsleiterin bei Kundgebungen aktiv und auch überregional bei fast allen wichtigen Veranstaltungen vertreten. Im Mai 2019 trat sie als eine von zwei Frauen für die Partei zur Europawahl an. Angesichts der Geschlechterrollen, die »Der III. Weg« propagiert, dürfte dies nur möglich gewesen sein, da Eisenhardt als Mutter einer erwachsenen Tochter ihre »reproduktiven Pflichten« bereits erfüllt hat und als zupackende Handwerkerin eh jene Ausnahme darstellt, welche die Regel bestätigt.

Matthias Fischer – Stellvertretender Parteivorsitzender und Gebietsleiter Mitte

Der 1977 in Templin/Brandenburg geborene Handwerker war schon in seiner frühen Jugend mit Neonazis in Kontakt. Mitte der 1990er Jahre trat Fischer im Raum Nürnberg auf und betätigte sich bei den »Nationalisten Nürnberg«. Fischer wurde als »informeller Führer« verschiedener Gruppierungen bezeichnet und war Herausgeber des Fanzines »Landser«. Anfang der 2000er Jahre war Fischer führender Kopf der »Fränkischen Aktionsfront« (FAF), die 2004 verboten wurde. Nach dem Verbot war Fischer bis 2007 als Funktionär bei der NPD/JN aktiv. Nach Unstimmigkeiten gründete Fischer mit anderen Aktiven aus der FAF-Zeit das »Freie Netz Süd« (FNS). Nach dem FNS-Verbot 2014 ist der 42-Jährige führend in der Partei »Der III. Weg« aktiv und ins brandenburgische Angermünde verzogen. Fischers Name stand auf der Kontaktliste des NSU-Kerntrios, seine Rolle im NSU-Komplex ist bis heute nicht komplett geklärt. Fischer selbst kannte Uwe Mundlos persönlich, laut einem Aussteiger soll er auch das Kerntrio gekannt haben. Der vorbestrafte und hafterfahrene Neonazi verfügt über gute Kontakte ins Ausland, besonders nach Ungarn, Tschechien und Griechenland.

Tony Gentsch

Der 1985 geborene Tony Gentsch ist die Führungsperson des Stützpunktes Vogtland der Partei. Seine Karriere als neonazistischer Funktionär begann er Anfang der 2000er im Raum Hof/Wunsiedel als Kader des damaligen »Kameradschaftsbunds Hochfranken«. Zu dieser Zeit war Gentsch Mitglied der RechtsRockband »Braune Brüder«. Ab 2010 betrieb er für das »Freie Netz Süd« (FNS) den Nazitreffpunkt »Oberprex 47« im Landkreis Hof sowie den dort ansässigen Versand »Final Resistance«. Im April 2011 trat er eine mehrjährige Haftstrafe in der JVA Bayreuth an. Bis zu diesem Zeitpunkt betreute er die Homepage des FNS. Nach dem Verbot des FNS und der Beschlagnahmung des »Nationalen Zentrums« in Oberprex zog Tony Gentsch nach Plauen und baute hier die Strukturen von »Der III. Weg« aus. Im Mai 2019 wurde er mit 3,85 Prozent (3.366 Stimmen) für »Der III. Weg« in den Plauener Stadtrat und mit 1,7 Prozent (5.371 Stimmen) in den vogtländischen Kreistag gewählt. In der Vergangenheit war Tony Gentsch im Umfeld der »Hammerskin Nation«, einer klandestinen, militanten Neonazibruderschaft, aktiv.

Matthias Herrmann – Beisitzer und Schatzmeister im Bundesvorstand

Der heute 40-Jährige stammt ursprünglich aus Jena und zog Anfang der 2000er Jahre zum Studieren nach Mannheim, wohnte später jedoch in der Vorderpfalz. Herrmann gehörte zum Führungskreis des neonazistischen »Aktionsbüros Rhein-Neckar«, engagierte sich in der HDJ und organisierte Aktivitäten der »IG Fahrt und Lager« der »Jun-



M. Matthes



W. Strohmeier



K. A. Zimmermann



J. Bender

gen Nationalisten« (JN) in Südwestdeutschland. Zudem war er bis 2013 im Umfeld der »Hammerskins« aktiv. Zeitnah zu seinem Umzug nach Hessen wurden mit den beiden Stützpunkten »Westerwald/ Taunus« und »Rheinhessen« die ersten Stützpunkte gegründet, die auch westliche Teile Hessens, nahe Herrmanns Wohnort, einschließen. Herrmanns Nähe zur militanten Szene verdeutlichte seine Vorladung in den NSU-Untersuchungsausschuss nach Stuttgart im März 2018. Aus den Antworten Herrmanns ging hervor, dass er auch den als NSU-Unterstützer verurteilten Ralf Wohlleben kennt. Der heute im hessischen Runkel-Wirbelau (Landkreis Limburg-Weilburg) wohnhafte Herrmann war von 2013 – dem Gründungsjahr der Partei – bis 2016 stellvertretender Bundesvorsitzender und Schatzmeister.

Mario Matthes – Leiter Stützpunkt Pfalz

Der aus dem pfälzischen Otterstadt stammende 34-Jährige ist seit seiner Jugend in der Neonazi-Szene aktiv. Als Teenager trat er Ende der 1990er Jahre den JN bei und agierte in der Folge auch in militanten Kameradschaftsstrukturen, wie dem »Aktionsbüro Rhein-Neckar« und den »Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen«. Im Jahr 2005 zog Matthes nach Mainz, wo er ein Studium der Geschichtswissenschaft begann. 2006 übernahm er den Vorsitz des NPD-Kreisverbandes Mainz-Bingen und kandidierte zur Landtagswahl 2006. 2007 zog er ins hessische Niedernhausen und leitete den NPD-Kreisverband Wiesbaden Rheingau-Taunus. 2008 wurde Matthes zum stellvertretenden Vorsitzenden des hessischen Landesverbandes gewählt und trat regelmäßig als Redner in Hessen auf. Nach dem Verlust seines Postens in der hessischen NPD wurde er im Herbst 2013 zum stellvertretenden Vorsitzenden der JN Rheinland-Pfalz gewählt. Matthes gehörte zum Kreis um Klaus Armstroff, der die NPD 2014 verließ. Für »Der III. Weg« tritt er regelmäßig als Redner auf Aufmärschen und Veranstaltungen auf.

Walter Strohmeier – Gebietsverbandsleiter Süd und Stützpunktleiter Ostbayern

Strohmeier, geboren 1986, ist seit seiner Jugend Neonazi und als gewalttätig bekannt. Politisch sozialisiert wurde er in den regionalen Strukturen des »Freien Netz Süd« im Bayerischen Wald, deren führender Aktivist er war. Nach einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Körperverletzung beteiligte er sich, kaum aus dem Gefängnis entlassen, am Aufbau der damals neuen Partei »Der III. Weg«. Es gelang ihm, die geschwächte regionale Neonazi-Szene zu reorganisieren und die Aktionsfrequenz zu steigern. Heute ist der Stützpunkt Ostbayern mit bis zu 40 Anhänger*innen der größte und aktivste im Freistaat. Anfang 2017 stand Strohmeier erneut wegen eines Gewaltdelikts vor Gericht, doch trotz einer Bewährungsstrafe betrieb der Stützpunktleiter seine Parteiaktivitäten weiter. Mitte 2018 löste er schließlich den bisherigen Gebietsverbandsleiter Süd, Kai Andres Zimmermann, in dessen Parteiamt ab und ist nun für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg verantwortlich.

Kai Andres Zimmermann – ehemaliger Gebietsleiter Süd

Der 1987 im oberbayerischen Weilheim geborene Zimmermann agiert als Führungskader in der Partei »Der III. Weg«. Nachdem er in seiner Jugend politisiert wurde, war Zimmermann im bayerischen FNS und in den JN als Nachwuchskader und enger Vertrauter der Führungskräfte Norman Kempken und Matthias Fischer aktiv. Zimmermann betrieb zusammen mit Norman Kempken und Matthias Fischer offensive Anti-Antifa-Arbeit in Nordbayern. Der vorbestrafte Bürokaufmann wohnt mit seiner ebenfalls langjährig aktiven Frau im Landkreis Fürth. Seit dem Wegzug von Matthias Fischer nahm Zimmermann die Rolle des Führungskaders ein, schaffte es jedoch nicht, die vorhandenen Strukturen und Aktivist*innen zu halten. Der 32-Jährige wurde laut eigenen Angaben bei den Fallschirmjägern der Bundeswehr ausgebildet und ist mittlerweile als Kampfsportler beim Netzwerk »Kampf der Nibelungen« aktiv. Der hafterfahrene Neonazi verfügt über gute Kontakte ins Ausland, besonders in die Ukraine und nach Syrien.

Julian Bender - Gebietsleiter West

Bevor sich der 1992 geborene Bender für »Der III. Weg« engagierte, hatte er sich mehrere Jahre in »freien Strukturen« betätigt – zuletzt bei »Olpe wehrt sich«. Ende 2015 war Bender zum neu gegründeten »Stützpunkt Sauerland-Süd« der Partei gestoßen; ihn sprechen die nationalrevolutionäre Ausrichtung und der elitäre Charakter an. Ein Jahr später wurde er zum »Gebietsleiter West« gewählt. Er ist regelmäßiger Redner auf den Veranstaltungen der Partei und hat Verbindungen zur »Nordic Resistance Movement«(»Nordischen Widerstandsbewegung«, NRM) in Schweden. So sollte er als Delegierter von »Der III. Weg« am 30. September 2017 auf einem Aufmarsch der NRM sprechen. Allerdings wurde Bender nach der Einreise von den schwedischen Behörden festgesetzt und nach Deutschland abgeschoben. Bei der Europawahl 2019 trat Julian Bender auf dem Listenplatz 5 von »Der III. Weg« an.

Anschlag im Einkaufszentrum

El Paso / USA. Am 3. August 2019 hat ein Neonazi 22 Menschen getötet und weitere 24 teils schwer verletzt. Der 21-jährige Patrick Crusius schoss mit einem halbautomatischen Sturmgewehr in einem Einkaufszentrum um sich und ließ sich nach dem Attentat widerstandslos von der Polizei festnehmen. Dabei soll er angegeben haben, er habe so viele »Mexikaner« wie möglich ermorden wollen. Acht der Opfer hatten die mexikanische Staatsbürgerschaft. Eine Stunde vor der Tat hatte Crusius vermutlich selbst ein »Manifest« im Internet hochgeladen, in dem sich positiv auf das Attentat von Christchurch in Neuseeland bezogen und der Angriff als »Antwort auf die hispanische Invasion in Texas« bezeichnet wird. Die Bundesstaatsanwaltschaft ermittelt – sollte sie den Anschlag als Hassverbrechen einstufen, droht Crusius die Todesstrafe.

Hakenkreuz-Torte mit Folgen

Warschau / Polen. Ein Gericht im südpolnischen Gliwice (Gleiwitz) hat am 7. August 2019 die Neonazi-Gruppe »Duma i Nowoczesność« (»Stolz und Modernität«, DiN) verboten. Deren Mitglieder hatten 2017 den Geburtstag Adolf Hitlers gefeiert, wobei sie heimlich gefilmt wurden. Der Trinkspruch des Veranstaltungsleiters lautete: »Auf Adolf Hitler und unser geliebtes polnisches Vaterland.« Die Waldlichtung, auf der die Feier stattfand, war mit einem Hakenkreuz aus brennenden Holzlatten dekoriert, zudem wurde eine Torte in Hakenkreuz-Form serviert. Die Aufnahmen belegen, wie die mit Wehrmachts- und SS-Uniformen bekleideten Männer und Frauen den Hitlergruß zeigen und »Sieg Heil« rufen. Der Lokalsender TVN24 hatte die Aufnahmen ausgestrahlt und damit die Ermittlungen ausgelöst. Laut Bericht der polnischen Nachrichtenagentur PAP sah das Gericht es als erwiesen an, dass die Gruppe dadurch bewusst Propaganda für die Nazi-Ideologie gemacht habe.

Versuchter Anschlag auf Moschee

Bærum / Norwegen. Am 10. August 2019 hat ein 21-jähriger Rassist mit zwei Schrotflinten und einer Pistole bewaffnet eine Moschee bei Oslo betreten. Bei einem Gerangel mit anwesenden Besucher*innen fielen Schüsse, einer der Anwesenden konnte den Angreifer überwältigen. Wenige Stunden nach der Tat wurde zudem die Leiche der Stiefschwester des Täters bei der anschließenden Hausdurchsuchung gefunden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Mordes sowie wegen eines versuchten Terroranschlages. Im Internet hatte der Täter Sympathie für den norwegischen Politker Vidkun Qusiling gezeigt, der im Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatte. Zudem äußerte er Ablehnung gegen Einwanderer und stellte einen Text online, in dem er die Attentate von Christchurch und El Paso positiv erwähnte. Wie im Fall des Attentates in Christchurch war der Täter mit einer Helmkamera ausgestattet, die das Geschehen filmen sollte.

Internationale Neonazi-Konferenz

Lissabon / Portugal. Am 10. August 2019 hat die neonazistische Organisation »Nova Ordem Social« unter Vorsitz von Mário Machado eine Konferenz mit internationaler Beteiligung ausgerichtet. Die 70 Teilnehmer*innen kamen überwiegend aus Portugal. Aus Bulgarien reiste Blagovest Asenov (»Nationaler Widerstand Bulgarien«) an, aus Deutschland kam Matthias Deyda (»Die Rechte«), aus Frankreich Yvan Benedetti (»Parti Nationaliste Français«), Italien wurde durch Francesca Rizzi (»Gli autonomi nazionalisti«) vertreten und aus Spanien nahmen Alba Lobera und Josele Sanchez (»La Tribuna de Espana«) teil. Laut Augenzeugenberichten begrüßte Rizzi die Gäste im Saal des Hotels Sana mit »Sieg Heil«, von einigen soll der Gruß erwidert worden sein. 65 antifaschistische Organisationen hatten zum Gegenprotest aufgerufen, etwa 500 Menschen demonstrierten gegen das Treffen.

Haftstrafe für Tino Brandt

Gera. Am 21. August 2019 hat das Landgericht Gera den bekannten Thüringer Neonazi und ehemaligen V-Mann Tino Brandt zu einer Haftstrafe von sechs Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Das Gericht kam damit der Forderung der Staatsanwaltschaft nach, zudem soll Brandt eine Entschädigungszahlung von 134.000 Euro leisten. Brandt und ein Mitangeklagter standen wegen Betruges vor Gericht und werden beschuldigt, hohe Kranken- und Unfallversicherungen für ihre Mitarbeiter abgeschlossen und mit vorgetäuschten Unfällen unrechtmäßig Geld kassiert zu haben. 2014 war Brandt bereits wegen sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Ob die Verurteilten Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt haben ist nicht bekannt.

Versuchter »Marcha anti inmigrantes«

Santiago de Chile / Chile. Am 11. August 2019 haben rund 20 Personen versucht, einen von den Behörden nicht genehmigten »Marsch gegen Immigranten« durchzuführen. Dazu aufgerufen hatten Pedro Kunstmann Perez und Claudia Navarro, Anführer der Organisation »Movimiento Social Patriota« (MSP). Mobilisiert wurde in den sozialen Netzwerken. Die Polizei verhinderte die Versammlung, anschließend kam es jedoch zu Rangeleien der Nationalisten mit Gegendemonstrant*innen. Rund 60 Organisationen hatten zum Protest gegen den »fortschreitenden Faschismus und Rassismus in Chile« aufgerufen.

#Interview

»Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.«

Wer sich öffentlich gegen Rechts positioniert, wird zur Zielscheibe ihrer Drohungen. Erst recht, wenn es nicht beim Lippenbekenntnis bleibt, sondern diesem ein Engagement folgt. Der Journalist und Autor des Magazins »der rechte rand«, David Janzen, recherchiert in der Region Braunschweig. Er dokumentiert öffentliche Auftritte, analysiert Reden und Kommentare des rechten Spektrums, von Neonazis bis zur »Alternative für Deutschland«. Seit Juni 2019 werden gegen Janzen öffentlich Todesdrohungen ausgesprochen. Für das Magazin der rechte rand sprach mit ihm Toni Brandes.



Morddrohung

drr: David, Beschimpfungen und Pöbeleien gehören zum Alltag von Journalist*innen, die sich mit der Rechten beschäftigen und von Vorort berichten. Dir gegenüber wurden Morddrohungen ausgesprochen. Was ist da passiert?

David Janzen: Also ich bin am Sonntag morgens aus dem Haus gegangen und sehe da zuerst die Aufkleber an der Glastür des Mehrfamilienhauses, in dem ich mit meiner Familie wohne. Es waren Aufkleber der »Sport- und Kampfgemeinschaft Adrenalin Braunschweig« mit einem Schlagring als Logo. Und dann stand da auf die Tür geschrieben: »Wir töten dich! Janzen«. Ein paar Tage zuvor wurde da schon ein Video bei Instagram von einem Aktivisten von »Adrenalin« ins Netz gestellt, da sagt er »Heute Walter, morgen Janzen«. Ein anderer aus dieser kleinen Nazi-Gruppe bezeichnete den Neonazi, der nach dem Mord an Walter Lübcke festgenommenen wurde, als »Bruder in Haft«.

Wenn man zur extremen Rechten recherchiert, ist man sich natürlich bewußt, dass man gefährdet ist. Wenn man sich dann auch noch antifaschistisch engagiert, ist man als »Antifa mit Presseausweis« besonders verhasst. Als Pressesprecher des Braunschweiger Bündnis gegen Rechts, dass nun schon seit 20 Jahren Proteste gegen alte und neue Nazis und gegen die AfD organisiert, stehe ich da natürlich besonders im Fokus.

Sprüche, wie »Du wohnst doch noch in der XYZ-Straße, wir kommen da mal auf einen Kaffee vorbei« oder »Fährst du noch das Auto mit dem Kennzeichen XYZ?«, hört man da immer, wenn man rechte Aufmärsche begleitet und dokumentiert. Das sind natürlich keine justiziablen Bedrohungen, aber die Message ist deutlich: Wir haben dich im Visier, irgendwann bist du dran. Das Skurrilste was ich da erlebt habe, war eine AfD-Demonstration in Salzgitter, wo die Menge erst »Merkel muss weg!« skandierte und dann minutenlang »Janzen muss weg!«. Da schmunzelt man noch drüber – aber so eine direkte Morddrohung an der Haustür ist schon etwas anderes als die üblichen Drohungen und Pöbeleien, an die man sich schon irgendwie gewöhnt hat. So etwas muss man schon ernst nehmen, darf sich davon aber auch nicht einschüchtern lassen. Denn genau darum geht es den Rechten ja. Ich versuche das Ganze deshalb als Ansporn zu nehmen und den Nazis noch mehr auf die Füße zu treten.

Wenn wir die letzten drei Jahrzehnte betrachten, gibt es bei den Rechten – in all ihren Spektren – eine Entwicklung im Umgang mit der Presse?
Ja, die Aggressivität ist deutlich gestiegen. Die Hemmschwelle, nicht nur zu pöbeln, sondern auch gezielt Journalist*innen zu attackieren, ist gesunken. Ich habe da eigentlich schon alles erlebt: Man wird beschimpft, bedrängt, da wird auf die Kamera gespuckt oder das Objektiv mit Dreck verschmiert, man wird geschubst oder sogar getreten und geschlagen. Und es sind gerade bei den Neonazi-Aufmärschen auch die Ordner, die da immer offener gegen Medienvertreter*innen vorgehen. Die verlangen da zum Beispiel den Presseausweis zu sehen, auf dem ja auch die Privatadresse steht oder die drängen einen ab, wenn man ihrer Meinung nach zu nah an die Versammlung herangeht. Das sind alles Dinge, zu denen Ordner einer Versammlung gar nicht befugt sind. Aber die Polizei lässt die teilweise gewähren oder fordert einen dann sogar auf, den Anweisungen der Ordner zu folgen. Gerade bei Versammlungen der AfD, PEGIDA und ihren Ablegern und anderen »Hassbürgern« erlebt man oft, dass Leute partout meinen, man dürfte sie nicht fotografieren. Dabei ist die Rechtslage eigentlich ziemlich eindeutig. Und die Attacken treffen ja nicht mehr »nur« die Fachjournalist*innen, die regelmäßig über die rechte Szene berichten, sondern auch die etablierten Medienhäuser und Fernsehanstalten. Für AfD, Hassbürger und Neonazis sind wir alle »Lügenpresse« und »Systemmedien«.

Der Umgang mit solchen Drohungen ist individuell unterschiedlich. Einen Einfluss darauf hat aber auch die Reaktion der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft. Welche Erfahrungen hast da gemacht?
Also die große öffentliche Aufmerksamkeit und die überwältigende Solidarität, die haben mir und meiner Familie den Rücken gestärkt, das war sehr wichtig. Es gab ja nach dem Video schon viele Berichte in den lokalen und überregionalen Medien, der niedersächsische Landtag hat sich mit den Aktivitäten dieser militanten Nazigruppe und den Drohungen gegen mich beschäftigt. Das hat ja dann auch dazu geführt, dass die sich aus Angst vor Repression selbst aufgelöst haben. Danach kam dann aber noch die Morddrohung, das zeigt, die machen weiter. In Braunschweig sind dann mehrere tausend Menschen gegen rechten Terror auf die Straße gegangen. Der Fußballverein Eintracht Braunschweig hat mit dazu aufgerufen, der Oberbürgermeister hat gesprochen und es waren Bundes- und Landtagsabgeordnete und die niedersächsische Sozialministerin mit dabei. Das war ein wichtiges Zeichen, gerade weil diese Nazis ja nun schon seit Jahren immer wieder durch Provokationen, Einschüchterungsversuche und Gewalttaten auffallen und das bisher von der Polizei, der Lokalpresse und von der Stadt nicht so wahrgenommen wurde. Es wurde sogar eher heruntergespielt. Wichtig ist mir, darauf hinzuweisen, dass ich ja als Betroffener privilegiert bin, weil ich durch meine beruflichen Tätigkeiten als Journalist und Jugendbildungsreferent bei einem großen Wohlfahrtsverband, aber auch durch das jahrelange Engagement im Bündnis gegen Rechts gut vernetzt bin. Andere Betroffene erfahren da weitaus weniger Aufmerksamkeit und Solidarität und fühlen sich mit ihren Ängsten und Sorgen von der Gesellschaft und den Behörden alleine gelassen.

Auch die staatlichen Institutionen wie Polizei und Staatsanwaltschaft sind in solchen Fällen involviert. Kannst Du deine Erfahrungen in Bezug auf deren Umgang mit Bedrohungsszenarien beschreiben?
Also die Polizei ist schon sehr bemüht zu signalisieren, dass sie die Drohungen ernst nehmen. Es gab ja noch am gleichen Tag eine Hausdurchsuchung bei einem Verdächtigen und »Gefährderansprachen«. Vor meiner Tür stand tagelang rund um die Uhr ein Streifenwagen. Ich glaube aber, dass ohne den öffentlichen Druck da deutlich weniger passiert wäre. Aber selbst in meinem Fall gab es von Seiten der Polizei erst gar keine richtige Kontaktaufnahme, das heißt, ich wurde über deren Gefährdungsprognose und über den Umfang und die Dauer der Schutzmaßnahmen gar nicht informiert. Es gab auch keine Sicherheitstipps oder Hinweise, wie ich mich verhalten soll.

Nach dem Mord an Walter Lübcke kann zumindest medial eine höhere Sensibilität gegenüber den zahlreichen Drohungen von Rechts wahrgenommen werden. Betroffen sind jüngst auch Reporter und Journalist*innen, aktuell Georg Restle, die sich eindeutig positionieren. Was muss getan werden, um Journalist*innen und andere gegen Angriffe von Rechts besser zu schützen?
Es ist Aufgabe der Politik, der Polizei und der Justiz, dafür zu sorgen, dass Journalist*innen, aber auch Blogger*innen und antifaschistische und zivilgesellschaftliche Initiativen, Versammlungen und andere Aktivitäten der rechten Szene beobachten, dokumentieren und darüber berichten können, ohne bedroht oder gar attackiert zu werden. Die Polizei muss gerade bei rechten Versammlungen die Pressefreiheit und die freie Berichterstattung schützen – ohne Wenn und Aber. Leider erlebe ich oft etwas ganz anderes: Da spricht man bei Drohungen oder Beleidigungen aus den Reihen rechter Versammlungsteilnehmer die Einsatzkräfte an, und dann hört man: »Ich habe nichts gehört. Wenn Sie Anzeige stellen wollen, dann können Sie ja morgen zur zuständigen Wache gehen« oder man wird von der Polizei als Störer angesehen. Ich habe das gerade wieder erlebt, als ich vor ein paar Tagen eine kleine Kundgebung der NPD/JN im Braunschweiger Bahnhof dokumentieren wollte. Da sind sofort zwei Nazis auf mich zu und haben mich geschubst, einer hat mich getreten. Die Polizei hat mich dann abgedrängt und wollte verhindern, dass ich da weiter fotografiere. Einer der Beamten der Bundespolizei sagte, ich sei der Auslöser für die Attacke gegen mich gewesen, weil ich die ja provoziert hätte. Dabei hatte ich nichts anderes gemacht als ein paar Fotos zu schießen. Natürlich gibt es auch viele andere Situationen, wo die Polizei richtig reagiert. Solange aber so etwas immer wieder vorkommt, werden Neonazis ermuntert. Ich habe da insgesamt eher wenig Vertrauen in den Staat und seine Organe. Ich kann da nur der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano zustimmen, die mal gesagt hat: »Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.« Deswegen war nach der Morddrohung gegen mich auch die große Solidarität und Unterstützung aus vielen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Spektren wichtiger als ein Streifenwagen vor der Tür.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg!



#AuchImFadenkreuz

Die historische Dimension des Lübcke-Mordes

Der Mord an dem hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) markiert einen historischen Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus.

von Barbara Manthe

Extrem rechte Hetze und Gewalt gegen Politiker*innen sind nichts Neues. Das verdeutlichen Sprüche aus den 1920er Jahren: »Knallt ab den Walther Rathenau. Die gottverfluchte Judensau!« oder »Nieder mit Erzberger, dem Reichsverderber, dem Helfer unserer Feinde.« Schon in der Weimarer Republik zählten Regierungspolitiker*innen zu erklärten Feinden der extremen Rechten. Sie galten als Vertreter*innen des »Systems«, das als Gegenbild zu der Idee einer völkischen Gemeinschaft gezeichnet wurde. Als »Systempolitiker« oder »Systemparteien« beschimpften die Nationalsozialist*innen jene politischen Kräfte, die für die Weimarer Republik standen – ein Vokabular, dessen sich heute NPD und »Alternative für Deutschland« (AfD) gerne bedienen. In der Bundesrepublik riss der Hass auf die Regierenden nicht ab. »Brandt an die Wand« wetterten alte und neue Nazis Ende der 1960er Jahre gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD). Auch über Walter Lübcke hieß es seit 2015, er sei ein »Volksverräter«, weil er sich für Flüchtlinge ausgesprochen hatte. Doch bei allen Kontinuitäten markiert der Mord an Lübcke einen Wendepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn es sich als bewiesen herausstellt, dass der Neonazi Stephan Ernst ihn tatsächlich ermordet hat, dann ist der Regierungspräsident der erste regierende Politiker seit 1949, der ein Todesopfer rechtsterroristischer Gewalt wurde.

Morde an Politiker*innen in der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik erlebte eine ganze Reihe von Attentaten gegen Politiker*innen, so etwa die Morde an dem ehemaligen Finanzminister und Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1921) und an dem amtierenden liberalen Außenminister Walther Rathenau (1922). Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann überlebte 1922 einen Mordanschlag, als er Oberbürgermeister von Kassel war. All diese Taten gingen auf das Konto der rechtsterroristischen »Organisation Consul«. Die Verbrechen gegen teils hochrangige Politiker*innen waren Hinweise auf die Instabilität der von politischer Gewalt geprägten Weimarer Republik, die durch die laxe Ahndung der Taten durch die Justiz noch stärker unterminiert wurde.

Mordversuche und Gewaltfantasien in der Bundesrepublik

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik waren ganz anders gelagert: Von ihrem Beginn an waren zwar rechtsterroristische Gruppierungen oder Individuen aktiv, die teils mit äußerster Gewalt zuschlugen. Morde an Regierungspolitiker*innen verübten sie allerdings nicht.
Dies bedeutete jedoch nicht, dass Anschlagsplanungen gegen regierende Politiker*innen nicht auch in den Zielkatalog rechtsterroristischer Täter*innen gehörten. Mordfantasien und Aufrufe zum Mord gab es genug, sie richteten sich beispielsweise Ende der 1960er Jahre gegen Willy Brandt. Brandt war mit seiner »Neuen Ostpolitik«, die eine politische Annäherung an die DDR zur Folge hatte, bei der extremen Rechten äußerst verhasst. Die Jahre nach 1968 markierten für Rechtsaußen einen bedrohlichen »Linksruck«, auch innerhalb der Regierung, dem sie teils mit terroristischer Gewalt begegneten.

Neonazis machen auf ihren Klamotten schon deutlich was sie wollen – wie hier bei »Thor Steinar«

So nahm 1971 die Polizei den Gärtner und Hausmeister Carsten Eggert fest, der, mit einem Messer bewaffnet, den Amtssitz des Bundespräsidenten Gustav Heinemann (SPD) ausgekundschaftet hatte. Er habe »die da oben« wegen ihrer kommunistischen Politik aus dem Weg schaffen wollen. »Die da oben«, das waren neben Heinemann Willy Brandt, Außenminister Walter Scheel (FDP) und SPD-Fraktionschef Herbert Wehner, die Eggert als Verantwortliche für die Ostpolitik sah.

Einige Jahre später, 1978, malten sich Mitglieder der rechtsterroristischen »Otte-Gruppe« um den Braunschweiger Neonazi Paul Otte einen Sprengstoffanschlag auf den damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg (CDU) aus. Überhaupt fand Paul Otte, dass zur Umsetzung ihrer Ziele »Politiker umgelegt« werden müssten. Solche Überlegungen wurden allerdings nicht in die Tat umgesetzt. Ein Grund hierfür war sicherlich, dass prominente Politiker*innen der Bundesrepublik in den 1970ern, den Zeiten von Anti-Terror-Maßnahmen und Debatten über die »Innere Sicherheit«, gut geschützt und somit weniger angreifbar waren. Aufwändig geplante Anschläge auf symbolträchtige Politiker*innen entsprachen in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren, der Hochphase des Rechtsterrorismus vor 1990, aber auch nicht der Praxis der Gruppen. Denn genauso wenig griffen Rechtsterrorist*innen Kommunal- oder Lokalpolitiker*innen an, um sie zu ermorden. Allerdings gab es durchaus Angriffe auf missliebige Politiker*innen und Einrichtungen regierender Parteien, doch diese bewegten sich eher im Bereich der politischen Gewalt, wie zum Beispiel Überfälle auf Geschäftsstellen, und waren keine Mordanschläge.

Die Anschlagsziele deutscher Rechtsterrorist*innen waren nämlich andere. In den 1960er und 1970er Jahren griffen sie vor allem Repräsentant*innen und Einrichtungen der DDR und der Sowjetunion an – den »kommunistischen Feind«. So schoss der Rechtsterrorist Ekkehard Weil im November 1970 über die deutsch-deutsche Grenze in Berlin und verletzte einen sowjetischen Wachsoldaten schwer. Ab Mitte der 1970er Jahre waren dann vor allem Symbole des Umgangs mit der NS-Vergangenheit – etwa Gedenkstätten – und Menschen jüdischen Glaubens und Linke verhasst. Weitere Ziele waren die Justiz und Polizist*innen, aber auch Soldaten rückten mit dem Ziel der Waffenbeschaffung in den Fokus. Ab den frühen 1980er Jahren wurden dann Migrant*innen verstärkt zu Opfern rechtsterroristischer Gewalt.

Gezielte Morde als modus operandi

Der modus operandi bei dem Mord an Lübcke – eine gezielte Hinrichtung vis-à-vis – hat jedoch Vorläufer. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es bereits mehrere gezielte Morde oder Mordversuche von rechts, auch wenn sie nicht die Dimension der Attentate in der Weimarer Republik erreichten. So schoss Josef Bachmann am 11. April 1968 in Westberlin auf offener Straße auf das prominenteste Gesicht der deutschen Student*innenbewegung, Rudi Dutschke. Bachmann traf ihn dreimal, davon gingen zwei Schüsse in den Kopf. Dutschke überlebte schwer verletzt und starb Ende 1979 an den Folgen des Attentats. »Du dreckiges Kommunistenschwein!«, rief Bachmann, bevor er schoss. Viele Jahre später stellte sich heraus, dass der Attentäter Verbindungen in die extrem rechte Szene gehabt hatte.

Im Dezember 1980 erschoss Uwe Behrendt, Mitglied der »Wehrsportgruppe Hoffmann« und enger Vertrauter ihres Anführers Karl-Heinz Hoffmann, den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seine Partnerin Frieda Poeschke in deren Haus in Erlangen. Dieser Doppelmord, für den, weil Behrendt ins Ausland untertauchte, niemals ein Täter verurteilt wurde, war offenkundig antisemitisch motiviert. Zwanzig Jahre später, ab 2000, begann die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU). Bis 2007 ermordete der NSU seine Opfer mit gezielten Schüssen aus kurzer Distanz. Einen ähnlichen modus operandi gab es auch bei dem Mord an Walter Lübcke, der in der Nacht zum 2. Juni 2019 auf der Terrasse seines Privathauses mit einem Kopfschuss getötet wurde.

Agendawechsel 2015

Nach 2015 kam es zu einem Agendawechsel. In der Vergangenheit waren – und sind immer noch – die Autos, Wohnungen und Geschäftsstellen vor allem linker Politiker*innen ein bevorzugtes Ziel von Rechtsterrorist*innen. Erinnert sei beispielsweise an die Tat des Neonazis Kay Diesner, der am 19. Februar 1997 mit einer Pumpgun einen Buchhändler in dessen Laden in Berlin-Marzahn niederschoss. Die Buchhandlung befand sich im gleichen Haus wie eine Geschäftsstelle der PDS, der Vorgängerpartei der Partei Die Linke, und das Wahlkreisbüro des PDS-Politikers Gregor Gysi. Auf der Flucht erschoss Diesner einen Polizisten und verletzte einen weiteren. Das Gericht stellte später fest, Diesner habe »aus hemmungsloser Rachsucht und Hass gegen die von ihm abgelehnte Partei der PDS« gehandelt.

2015 begleitete eine öffentliche Migrationsdebatte die Tatsache, dass zahlreiche Geflüchtete Zuflucht in Deutschland suchten und es kamen schwere tätliche Angriffe auf regierende Politiker*innen hinzu. Am 17. Oktober 2015 griff Frank Steffen die parteilose Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker mit einem Messer an und verletzte vier weitere Personen. Reker überlebte schwer verletzt; noch als sie am darauffolgenden Tag im Koma lag, gewann sie die Wahl zur Oberbürgermeisterin. Steffen, der in den 1990er Jahren Kontakt zur neonazistischen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) gehabt hatte, handelte aus rassistischen Motiven; er griff Reker an, weil er ihre Flüchtlingspolitik ablehnte.

Über zwei Jahre später, am 27. November 2017, attackierte Werner S. in einem Dönerimbiss den Altenaer Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) mit einem Messer und verletzte ihn leicht am Hals. Zwei Mitarbeiter des Imbisses halfen Hollstein und verhinderten wahrscheinlich Schlimmeres. Auch Werner S., der Täter, äußerte sich abfällig über die Flüchtlingspolitik des Bürgermeisters. Während Frank Steffen wegen versuchten Mordes zu 14 Jahren Haft verurteilt wurde, erhielt Werner S. eine Bewährungsstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung.

Konjunkturen des deutschen Rechtsterrorismus

Der Mord an Walter Lübcke war der erste erfolgreiche Versuch in der Geschichte der BRD, eine*n Politiker*in zu töten, weil er oder sie die Aufnahme von Geflüchteten unterstützt hatte. Die Idee, Regierungspolitiker*innen zu ermorden, ist jedoch kein neues Vorhaben im deutschen Rechtsterrorismus. Dies ist wenig verwunderlich, denn solche Angriffe stellen die Staatsgewalt auf fundamentale Weise auf die Probe.

Auch wenn jeder Anschlag individuell geplant und durchgeführt wurde, ist der Kontext – die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik zu personifizieren und diese Personen anzugreifen und womöglich zu töten – von existenzieller Bedeutung. Denn er weist darauf hin, welche Debatten und gesellschaftlichen Dynamiken derzeit vorherrschen, von denen sich rechtsterroristische Täter*innen inspirieren und leiten lassen. In der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus gab es häufig solche Konjunkturen, so etwa, seit den 1980ern, die bis heute nicht abgerissene uferlose Gewalt gegen Migrant*innen. Mit den Angriffen auf Politiker*innen, die nicht zwangsläufig für linke Positionen stehen müssen, ist nun ein neuer Trend hinzugekommen.



Rechtsextremismus. Geschlechterreflektierte Perspektiven

von Kai Budler

Obwohl das Geschlecht in der Ideologiebildung der extremen Rechten eine zentrale Rolle spielt, wird die Kategorie samt den Diskussionen darüber in der Forschung zur extremen Rechten sträflich vernachlässigt. Dem hält die »Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit« (FIPU) ihren dritten Sammelband »Rechtsextremismus. Geschlechterreflektierte Perspektiven« entgegen. Die Autor*innen werben für eine Erweiterung des Begriffs Geschlecht und beleuchten ihn in ihren Texten aus unterschiedlichen Perspektiven. So konstatiert Judith Götz die aktuelle geschlechterreflektierte Rechtsextremismusforschung in Österreich und beleuchtet inhaltliche Verschiebungen und thematische Schwerpunkte. Die historische Grundlage für das Forschungsthema beleuchtet Carina Klammer anhand der Geschlechter- und Körperpolitik des Nationalsozialismus, der Verbindung von Geschlechterbildern und antisemitischen Stereotypen sowie die Funktionalisierung von Sexualität. »Für unsere Kinder, unsere Kindeskinder, unser Volk« lautet der Titel des Beitrages, in dem sich Lisa Auzinger Geschlechterbildern in extrem rechter Erziehung widmet. Sie erläutert Merkmale extrem rechter Erziehungsmethoden und fragt nach präventiven Handlungsperspektiven. Besonders wenig Beachtung in der Forschung fand bislang der Umgang der extremen Rechten mit intergeschlechtlichen Personen und Transmenschen. Hier helfen die Texte von Andreas Hechler und Judith Götz über extrem rechte Ressentiments gegenüber intergeschlechtlichen Menschen und Trans*feindlichkeit als Bestandteil rechter Ideologie. Mathias Falter und Verena Stern widmen sich der Geschlechterpolitik der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) und weisen nach, wie sehr das Thema Gender als Instrument funktioniert, um unterschiedlich gelagerte Ängste zu bedienen sowie rassistischen, antisemitischen und verschwörungstheoretischen Positionen Vorschub zu leisten. Analog zur FPÖ verwendet auch die »Alternative für Deutschland« Gender als Kampfbegriff – aus diesem Grund ist dieser Text ebenso wertvoll für eine Diskussion hierzulande wie die Beiträge zum Antifeminismus und seiner Scharnierfunktion sowie zu Männlichkeitskonzepten für extrem rechte Diskurse. Auf gewohnt hohem Niveau geht FIPU die Leerstellen bei diesem Thema an und weiß mit fundierten Analysen zu begeistern. Eine lediglich akademische Rezeption des Buches wäre mehr als schade. Ein Erfolg wäre es, wenn auch diejenigen zu dem Sammelband griffen, die sich alltäglich mit der extremen Rechten beschäftigen.

FIPU (Hg.): Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven. Wien 2019, Mandelbaum Verlag, 342 Seiten, 19 Euro.



»Antiextremismus und wehrhafte Demokratie« in der Kritik

von Sascha Schmidt

Kaum eine Debatte über die Notwendigkeit eines entschiedenen Kampfes gegen die extreme Rechte kommt ohne den reflexhaften Einwurf aus, man müsse sich gegen »jede Form des Extremismus« wenden. Dem dahinterstehenden Phänomen hat sich der Soziologe Max Fuhrmann ausführlich in seiner Dissertation gewidmet, die nun in leicht veränderter und gut lesbarer Form unter dem Titel »Antiextremismus und wehrhafte Demokratie« als Buch vorliegt. Basierend auf der Annahme, dass »im politischen Selbstverständnis der BRD ein Verständnis von Demokratie vorherrscht, wonach sich Demokratie gleichermaßen gegen verschiedene Extremismen« abzugrenzen habe, begibt sich der Autor auf die Suche nach den historisch-diskursiven Grundlagen dieses Selbstverständnisses. Mittels einer hegemonietheoretischen Diskursanalyse, nach Chantal Mouffe und Ernest Laclau, zeichnet Fuhrmann die diskursive Entwicklung vom kurzen »antifaschistischen Fenster« in der postnazistischen Frühphase über den Antitotalitarismus und Antikommunismus der 1950er und 1960er Jahre zum seit den frühen 1970er Jahren hegemonial gewordenen Antiextremismus nach. Gegenstand seiner Untersuchung sind richtungsweisende Bundestagsdebatten, Parteitagsreden und politische Essays über die Wehrhaftigkeit von Demokratie – beispielsweise aus Debatten um das Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« oder den Radikalenerlass.
Dabei problematisiert der Autor unter anderem die im Laufe der Jahre stetig zunehmende Definitionsmacht des Verfassungsschutzes über die Grenzen der Demokratie sowie die unzureichende Begründung und fehlende Validierung (wissenschaftlicher) extremismustheoretischer Ansätze. Der Autor macht zudem deutlich, dass mit dem hegemonialen Selbstverständnis von Wehrhaftigkeit immer wieder Einschränkungen demokratischer Grundrechte einhergingen und die »gegenwärtige Konstruktion des Demokratieschutzes einem autoritären Umbau der Demokratie von oben wenig Schranken« setze, und sich bei »zunehmender autoritärer Formierung der Gesellschaft (…) die Instrumente der wehrhaften Demokratie selbst als Gefahr für die Demokratie entpuppen« könnten. Insofern sei es ratsam, statt antiextremistische Reflexe zu reproduzieren, »mehr Demokratie zu wagen«. Seinen eigenen Beitrag hierzu liefert der Autor anhand von sechs Ansätzen zur Dekonstruktion des Konzeptes der antiextremistischen, wehrhaften Demokratie.

Max Fuhrmann: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie – Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 2019, Nomos Verlag, 354 Seiten, 69 Euro.



»Völkische Landnahme«

von Margarete Schlüter

Mit dem Buch »Völkische Landnahme« geben Andrea Röpke und Andreas Speit einen guten Einblick in die völkischen Siedlungsstrukturen in Deutschland. Man könnte sagen, endlich. Denn erstmals werden die ideologischen und strukturellen Schnittmengen von rechter Ökologie und rechten Siedlungsversuchen in einem größeren Umfang beleuchtet.
Die Autor*innen zeigen anhand aktueller Beispiele auf, dass völkische Siedler*innen langfristig eine politische Wende anstreben.

Dafür werden verschiedene Strategien angewandt. Die Siedler*innen verbindet der Glaube, das deutsche »Volk« werde durch eine angebliche »Überfremdung« und die Moderne in seiner Existenz bedroht. Um dem entgegenzuwirken, werden seitens der Völkischen ein autarkes Leben auf dem Land, Heimatschutz und Brauchtumspflege propagiert. Diese Überlegungen sind bereits in der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts anzutreffen, wie die Autor*innen in historischen Rückblenden aufzeigen. Darüber hinaus wird auch beispielhaft auf die Verschränkung von Naturschutz und Nationalsozialismus eingegangen.
So antiquiert diese Ideen auch sind, ist das Phänomen der völkischen Siedlungsversuche aktueller denn je. Es wird dargelegt, wie in den letzten Jahrzehnten ein deutschlandweites Netzwerk entstanden ist, welches im ländlichen Raum rechte Lebenswelten zu etablieren versucht und sich dabei der Parole »Umweltschutz ist nicht grün« bedient.
Bereits Kinder und Jugendliche werden im rechten Geist erzogen, nehmen an Fahrten von rechten Bünden wie dem »Sturmvogel« teil. Anhand von einzelnen Beispielen wird deutlich, dass die rechte Saat aufgehen kann: In völkischen Sippen groß gewordene Kinder sind später nicht selten als Erwachsene in der rechten Szene aktiv. Und diese Szene kommt strömungsübergreifend bei völkischen Veranstaltungen zusammen. Dabei handelt es sich um ein Personenspektrum, welches der NPD, der »Alternative für Deutschland«, der »Heimattreuen Deutschen Jugend«, der »Artgemeinschaft« und anderen rechten Organisationen zugeordnet werden kann.
Dieses Buch ist all jenen besonders zu empfehlen, die im umweltpolitischen oder auch privaten Bereich möglicherweise in Kontakt mit Völkischen kommen. Denn um diese effektiv zurückzudrängen sowie präventiv zu agieren, bedarf es sowohl des Wissens um völkische Ideologie und völkische Strategien als auch deren Reflexion.

Andrea Röpke und Andreas Speit: Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin 2019, Ch. Links Verlag, 204 Seiten, 18 Euro.

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand
Facebook: facebook.com/derrechterand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Robert Andreasch (Seiten 1, 13, 14, 21, 22)
Christian Ditsch (Seite 4)
Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 3, 8, 11, 36, 40)
Kai Budler (Seiten 17, 24, 28, 29, 30)
Thomas Witzgall (Seiten 30, 31, 32)
Felix Steiner (Seite 30)
David Janzen (Seite 34)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

